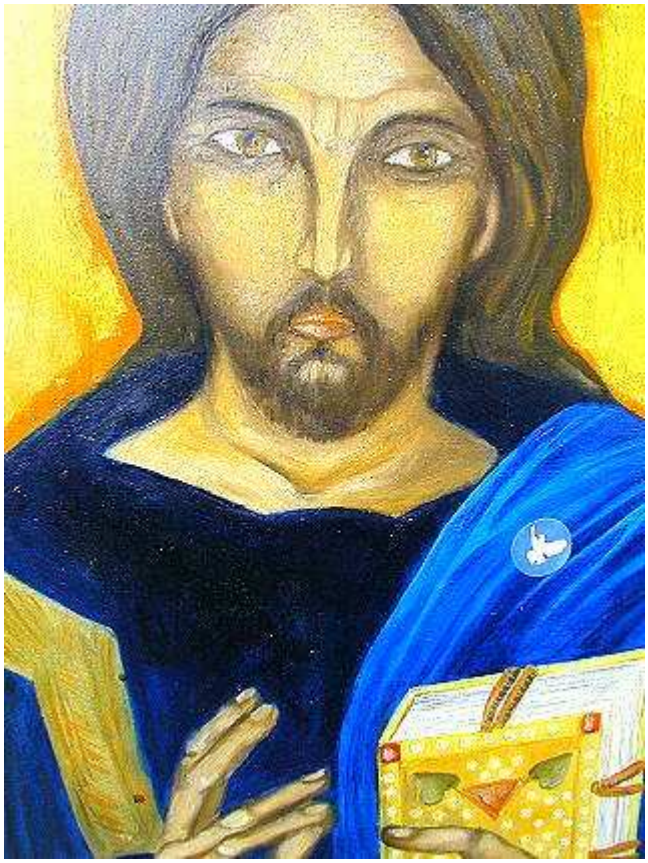
Peter Bürger

Wie staatstreu sind die Kirchen in der Friedensfrage?



Aktualisierter Beitrag zum Jubliäumskongress
der „Initiative Kirche von unten"
am 31. März 2006 in Berlin

Anhang: Zwölf Prüfsteine für
amtskirchliche Friedensverlautbarungen

Herausgeber dieses Diskussionsbeitrags:

Initiative Kirche von unten www.ikvu.de

Solidarische Kirche im Rheinland

Ökumenisches Netz Mittelrhein

Ökumenisches Friedensnetz Düsseldorfer
Christinnen & Christen www.ofdc.de

Alle Fotos von: www.arbeiterfotografie.com

Wir setzen uns mit Tränen nieder
Und rufen dir im Grabe zu:
Ruhe sanfte, sanfte ruh!
Ruht, ihr ausgesognen Glieder!
Euer Grab und Leichenstein
Soll dem ängstlichen Gewissen
Ein bequemes Ruhekissen
Und der Seelen Ruhstatt sein.
Höchst vergnügt schlummern da
die Augen ein.

Chor zum Schluss der
Matthäus-Passion von Johann Sebastian Bach

Wann wird die Zeit kommen,
da die Christenheit
das rechte Wort zur rechten Stunde sagt?

Dietrich Bonhoeffer
zur Beobachtung, dass fast nie ein
Wort der Kirchen rechtzeitig gesagt wird

Christus sei gegenwärtig, und darum müßten
sein Evangelium und sein Gebot heute in die
konkrete gegenwärtige Lage hineintreffen. ...
Das Wort konkret, das Bonhoeffer fast
penetrant wiederholt, gehört zu seinem Kampf
gegen das freundlich unverbindliche Gerede ...

Ferdinand Schlingensiepen

Inhalt

I. Was ist aus der Ökumene für den Frieden und aus der ökumenischen Ächtung des Krieges geworden? *S. 3*

II. Aggressive Weltwirtschaftsordnung, Überlebensfragen der Zivilisation und „Gerechter Friede" *S. 4*

III. Geschichtserinnerung und Gegenwart *S. 5*

1. Drei frühkirchliche Jahrhunderte der Gewaltfreiheit *S. 5*
2. Deutsche Kriegstheologie in zwei Weltkriegen *S. 6*
3. Folgen des kirchlichen Gedächtnisverlustes in der Gegenwart *S. 7*

IV. Was tut sich in Deutschland und Europa – Was sagen die Kirchen? *S. 8*

1. Zurückhaltung beim kriegsfreundlichen Programmwechsel der Volksparteien *S. 8*
2. Die neuen Zielvorgaben in westlichen Militärdoktrinen *S. 9*
3. Schweigen zur Aushebelung unseres Grundgesetzes? *S. 10*
4. Ausbleibende Kritik an Kriegen mit deutscher Beteiligung *S. 11*
5. Nachbeten der offiziellen Propaganda zur Europa-Architektur *S. 13*

V. Krokodilstränen für Afrika – Die Aufrüstung der reichen Weltzentren im Dienste „guter Taten" *S. 14*

1. Das Verhältnis militärischer und ziviler Anstrengungen *S. 14*
2. Das Schicksal der kirchlichen Rüstungsexportberichte *S. 15*
3. Das Zauberwort der „humanitären Intervention" *S. 16*

VI. Die Kirchen, der so genannte Antiterror-Krieg und der antiislamische Kulturkampf *S. 17*

VII. Ausbleibende Klärungen: Theologie und „christliches Menschenbild" *S. 19*

VIII. Kriegsförderliche Massenkultur, militaristische Utopien und Atomwaffen *S. 21*

1. Massenmedien und Massenkultur als Grundlage der militärischen Aufrüstung *S. 21*
2. Die gefährliche Utopie der militär-technologischen Revolution *S. 21*
3. Wie die deutschen Kirchen sich bislang mit dem atomaren Schreckenssystem arrangieren *S. 23*
4. Nachtrag: Die so genannte Irankrise *S. 25*

IX. Die Friedenspraxis der Kirchen als Zeugnis der Glaubwürdigkeit *S. 26*

Zwölf Prüfsteine für amtskirchliche Friedensverlautbarungen *S. 28*

Literatur (Auswahl) *S. 30*

Buchhinweis zu diesem Beitrag *S. 30*

Impressum *S. 31*

Wie staatstreu sind die Kirchen in der Friedensfrage?

„In Jesus Christus hat Gott die Feindschaft zwischen Nationen und Völkern überwunden und will uns auch jetzt Frieden in Gerechtigkeit schenken. ... *Wir bekräftigen* Gottes Frieden in seiner vollen Bedeutung. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Gerechtigkeit und Frieden zu schaffen und Konflikte durch aktive Gewaltfreiheit zu lösen. Wir werden jedem Verständnis und System von Sicherheit widerstehen, das den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln vorsieht. ... Wir verpflichten uns, unsere persönlichen Beziehungen gewaltfrei zu gestalten. Wir werden darauf hinarbeiten, auf den Krieg als legales Mittel zur Lösung von Konflikten zu verzichten."
(Oekumenische Weltversammlung von Seoul 1990, Grundüberzeugung VI)

Ab 1928 verbreitete der katholische Priester Joseph C. Rossaint, Kaplan in Oberhausen und später Düsseldorf, an Bäumen und Straßenecken kleine Zettel mit Antikriegsbotschaften aus der Bibel. 1933 gehörte er zu den Mitgliedern des Friedensbundes deutscher Katholiken, die anders als die deutsche Bischofskonferenz gegen den Boykott jüdischer Geschäfte protestierten. Anfang 1937 wurde er in Berlin im so genannten Katholikenprozess wegen Wehrkraftzersetzung und Kontakten zu Kommunisten verurteilt. Die Kirche ließ ihn kalt stehen. Im ganzen Jahrzehnt seiner Haft hat ihn kein einziger Kleriker des Bistums Köln besucht. Nach 1945 sollte er nur dann eine Pfarrstelle erhalten, wenn er den Kontakt zu seinen einzigen Helfern, den kommunistischen Mithäftlingen aus dem Nazigefängnis, abbrechen würde. ... Ähnlich wie Rossaint sehen heute friedensbewegte Christen angesichts des Rüstungskomplexes und der Politik neue Kriege mit deutscher Beteiligung kommen. Wie Rossaint werden sie belächelt oder auch beschimpft ob der kleinen Zettel an Bäumen und Straßenecken.

I. Was ist aus der Ökumene für den Frieden und aus der ökumenischen Ächtung des Krieges geworden?

Nun hat sich seit 1945 – nicht nur durch die Charta der Vereinten Nationen – doch vieles verändert. Von Amsterdam (1948) bis hin zu Vancouver (1983), Basel (1989) und Seoul (1990) hat sich der ökumenische Konsens gefestigt, der Krieg sei als Verbrechen aus der Welt zu schaffen. Spätestens seit Johannes XXIII. hat die katholische Weltkirche verstanden, dass überkommene Traditionen auf das Phänomen des modernen Krieges nicht mehr angewendet werden können.

In der Bundesrepublik Deutschland haben sich die beiden Großkirchen während des Kalten Krieges jedoch weiterhin sehr staatstragend verhalten. Speziell die katholische stand Adenauers Wiederbewaffnungsprojekt tatkräftig zur Seite und ließ noch vor wenigen Jahrzehnten Unerhörtes zur Atomwaffenfrage verlauten. Viel kritischer und mutiger waren die beiden Kirchen in der DDR. Sie fanden keinerlei Rechtfertigungsgründe dafür, das – bis zur Stunde anhaltende – Abschreckungssystem mit Massenvernichtungswaffen und potenzieller Totalzerstörung aufrecht zu erhalten. Sie bescheinigten Kriegsdienstverweigerern ohne Wenn und Aber ein Zeugnis für das Evangelium und sahen im Ideal der Gewaltfreiheit die Vernunft am Werk. Die *Ökumenische Versammlung von Dresden* (1989) befand schließlich, es sei an der Zeit, den Krieg durch gewaltfreie Formen der Konfliktlösung und politische Strategien restlos zu ersetzen. Die hier vollzogene Absage an die Doktrin vom „gerechten Krieg" entsprach dem breiten Bekenntnisstand der Weltökumene.

Nun hat das *ökumenische* Vorgehen der DDR-Christen in der Friedensfrage hierzulande nach der Wiedervereinigung nicht Schule gemacht. Wohl aufgrund eines sehr geringen Kirchensteueraufkommens sind die Kirchenstimmen aus den „neuen Bundesländern“ heute nur leise im Gesamtkonzert vertreten. Von den Inspiratoren der Ökumenischen Versammlung von Dresden hört man öffentlich nichts mehr. Das Leitbild des „gerechten Friedens“ ist aber im wiedervereinigten Deutschland aufgegriffen worden. Ich frage in meinem Beitrag, ob dem denn auch die Substanz kirchlicher Verlautbarungen und die kirchliche Praxis in der Friedensfrage entsprechen.

II. Aggressive Weltwirtschaftsordnung, Überlebensfragen der Zivilisation und „Gerechter Friede“

Papst Paul VI. hat in seiner Enzyklika vom „Fortschritt der Völker“ eine Wirtschaftsordnung verurteilt, die im blinden Glauben an die Kräfte des freien Marktes den Profit zum obersten Motor erhebt. Seit über zwei Jahrzehnten hat sich nun das denkbar aggressivste aller Wirtschaftssysteme selbst heilig gesprochen. Die reichen Zentren der Erde diktieren für den ganzen Globus die Spielregeln. In unseren Gesellschaften werden alle Lebensbereiche unter dem Gesichtspunkt des Profits neu organisiert.

Wir sehen deutlich, dass unter diesen Bedingungen keine einzige Überlebensfrage unserer Zivilisation gelöst werden kann. Dass ein so genannter „freier Markt“ in der Hand weniger hundert Konzerne allen Menschen den Zugang zu Wasser garantiert, in langfristigen Technologiewandel investiert, die Umwelt schützt und im Interesse der jetzt noch nicht geborenen Menschen auf die drängenden Prognosen zum Klimawandel reagiert, ist eine naive Illusion. Inzwischen übersteigt der Reichtum von 600 Einzelpersonen oder Familien das gesamte Bruttosozialprodukt der 170 ärmsten Länder. Die Geschichte lehrt uns, dass eine Welt ohne Krieg unter den Bedingungen einer brutalen Konkurrenzwirtschaft nicht zu haben ist. Das himmelschreiende Ungleichgewicht auf der Erde und innerhalb unserer Gesellschaften lässt sich ohne Gewalt und Zwang überhaupt nicht aufrechterhalten. Die zunehmende Militarisierung und der Gesellschaftsumbau auf dem Boden einer wuchernden Sicherheitsideologie lassen auch die Erkenntnis wachsen: „Der ungebremste Kapitalismus ist mit Demokratie, selbstbestimmter Gestaltung von Lebensräumen, Freiheit und Bürgerrechten nicht verträglich.“

Die neue Weltkriegsordnung ist allerdings in erster Linie ein *Krieg gegen die Armen*, was z.B. das Bischofswort „Gerechter Friede“ (2000) im Grunde auch sagt. Die offizielle Blickrichtung fixiert unseren Blick auf mehre tausend unschuldige Opfer von Terroristen. Hundert- oder zweihunderttausend Opfer des so genannten Antiterrorkrieges sind schon viel weniger im öffentlichen Bewusstsein verankert. Auch die nichtstaatlichen „neuen Kriege“, die die Globalisierung am laufenden Band produziert, stehen nicht an der Spitze der Todesproduzenten. „Seit 1990 sind vier Millionen Menschen, davon 90 Prozent Zivilpersonen, durch kriegerische Handlungen umgekommen ... *Jedes Jahr* sterben 45 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung“ (*EKiR* 2005, 24), nach Ziegler: 36 Millionen im Jahr 2000.

Die neue Weltkriegsordnung ist Produkt und Instrument der Weltwirtschaftsordnung. Wo dieser Zusammenhang in kirchlichen Friedensdenkschriften nicht in den Vordergrund rückt, bleibt jedes Friedensvotum leeres Gerede. Die Maxime von Paul VI. lautete: „Die Wirtschaft hat einzig und allein dem Menschen zu dienen.“ Die Visionen dieses Papstes sind aktueller denn je. Doch sie werden nicht mehr gehört. Der derzeitige Pontifex, maßgeblicher Zerschlager der christlichen Befreiungsbewegung in Lateinamerika, gibt zu, von der Soziallehre – im Gegensatz zu seinem Vorgänger – eigentlich gar keine richtige Ahnung zu haben. Noch in den zwei Jahren vor seiner Wahl hat er als Kar-

dinal die Ökumene für „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ als Politisierung des Christentums bzw. als Moralismus charakterisiert und sogar vor einem „gefährlichen Pazifismus“ gewarnt (*Bürger* 2005b, 136-138,183f – allerdings gibt es von ihm auch deutliche Antikriegszitate).

Die deutschen Großkirchen haben sich, wie Norbert Blüm klagt, mit dem „Neoliberalismus“ gut arrangiert. (In Sozialfragen äußern sich vorzugsweise Kirchenfunktionäre mit Akademiker- bzw. Professorengehältern, für die unser System gut funktioniert. Alle Pfarrer sind z.B. zwangsweise in der privaten Krankenkasse und erhalten so wenig Einblick in die betrübliche Lage unseres Gesundheitssystems.) Die weltweite Bewegung „Wirtschaft für das Leben“ wird hierzulande ernsthaft vor allem von christlichen Basisgruppen mitgetragen. (Leider bleibt auch in diesen Kreisen der Zusammenhang mit Remilitarisierung und Krieg oft unterbelichtet.)

Nun höre ich schon, die Kirchen müssten sich im schmutzigen Geschäft des öffentlichen Lebens als Großinstitutionen arrangieren und ihre Angebote auf den modernen Weltanschauungsmarkt abstimmen. Sie seien in Zeiten leerer Kirchenkassen mehr denn je auf die den Staat tragenden politischen Kräfte und gute Kontakte zu den großen Parteien angewiesen. Nur *Einzelne* könnten widerstehen und die Widersprüche beim Namen nennen. Genau solche Einschätzungen aber waren Ausgangspunkt für die Kriegsförderung der deutschen Kirchen im 20. Jahrhundert und sind im Sinne der herrschenden Ideologie nach wie vor erwünscht. Sozialräume und Verbundenheit von Menschen lösen sich heute auf. Nur noch isolierte Einzelne stehen dem System des totalen Marktes und seinem von Medienkonzernen gesteuerten Kulturapparat gegenüber. Eine neue Jugendgeneration wartet sehnsüchtig auf Signale des Widerspruchs. Gegen alle liberalen Unkenrufe halte ich daran fest: *Kirche als soziales Geschehen und Kirche als Weltökumene ist heute wichtiger als in jeder anderen geschichtlichen Epoche*. Die zutreffende Analyse ist dem referierten Votum genau entgegengesetzt: Widerstehen können angesichts der Totalität des neuen „Kaiserkultes“ (*Amery* 2002) nur Menschen in Verbundenheit, nicht isolierte Einzelne. Freilich brauchen wir für einen christlichen Beitrag des Widerstehens eine andere Kirche als die bis heute fortbestehende konstantinische Amtskirche mit staatlich dotierten Bischofsstühlen.

III. Geschichtserinnerung und Gegenwart

Als zweites Kriterium für die offizielle Friedensethik der Kirchen nenne ich den Umgang mit der – eigenen – Geschichte. Im Licht der viel beschworenen „jüdisch-christlichen Tradition“ sollte man ja annehmen, dass dieser von herausragender Bedeutung ist. Das Vorbild der Propheten Israels steht in denkbar größtem Gegensatz zu jeder Form der Hof- und Parteiberichterstattung. Vom Anspruch her ist besonders die Kirchengeschichte nur als radikal kritische Geschichtsschreibung denkbar: „Soli *Dei* Gloria.“ (Allein Gott die Ehre, nicht unserer menschlichen Selbstherrlichkeit.) Die Befunde aber entsprechen dem mitnichten!

1. Drei frühkirchliche Jahrhunderte der Gewaltfreiheit

Carl Friedrich von Weizsäcker hat betont, der Kompromiss der konstantinischen Staatskirche in Kriegsfragen könne sich auf Jesus nicht berufen. Dieser Kompromiss kann sich aber auch nicht auf die ansonsten – besonders im katholischen Raum – gern bemühte „alte Kirche“ berufen. In großer Einmütigkeit bezeugen kirchliche Schriftsteller der ersten drei Jahrhunderte eine Unvereinbarkeit zwischen dem christlichen Glauben (Taufe) und dem Kriegshandwerk. Weniges ist in Theologie, Kirchendisziplin und Sakramentenordnung so eindeutig wie diese Absage. Gegenteilige Belege lassen sich nicht anführen! (vgl. *Bürger* 2005b und 2006)
In Kirchengeschichten und auch in neueren Arbeitshilfen zur „Friedensarbeit“ werden die Befunde, so sie überhaupt Erwähnung finden, bis heute mit fadenscheinigen Argumenten abgekanzelt. (Unklar ist sogar: *EKiR* 2005, 10.)
Vornehmlich sei es bei der frühchristlichen Kriegsdienstverweigerung um heidnische Riten, religiösen Kaiserkult, unzulässige Eidesformeln etc. oder an-

dererseits z.B. um ein falsch verstandenes Blut-Tabu bezogen auf das allgemeine Priestertum der Christen gegangen.
Tatsächlich aber haben die frühen Kirchenschriftsteller eine fundierte Kritik des Krieges aus christlicher Sicht vorgelegt. Sie halten es für eine Ideologie, die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens im Zivilleben zu behaupten und sie im Krieg willkürlich für gegenstandslos zu erklären. Sie entlarven den Zauber des Militarismus. Klarsichtig werden von ihnen auch die ökonomische Triebfeder des Kriegsapparates und – bei Laktanz – die Ideologie der nationalen Interessenssicherung benannt. Unter zielsicherer Berufung auf die Prophetenbücher der hebräischen Bibel entwerfen die Theologen der Alten Kirche – als Alternative zur kriegerischen Weltordnung – einen kompromisslosen Internationalismus. Wenn sie die Christen als die erste Generation eines gewaltfreien Menschengeschlechts verstehen, geht es ihnen um eine Perspektive bzw. Strategie für die gesamte Zivilisation.
Nun findet man z.B. im löblichen Bischofswort „Gerechter Friede“ (2000) einen Hinweis darauf, dass die Anschauungen eines Augustinus und die der Bibel zwei verschiedene Paar Schuhe sind. Vom frühkirchlichen Pazifismus vermittelt das lange Papier aber keine leise Ahnung.

2. Deutsche Kriegstheologie in zwei Weltkriegen

„1700 Jahre christlichen Terrors und Gemetzels“, so Pater Zabelka, der US-amerikanische Seelsorger für die ersten Atombomberbesatzungen, „mussten schließlich zum 9. August 1945 führen“. Mahatma Gandhi resümiert: „Es ist ein eigenartiger Kommentar auf den Westen, dass es dort, obwohl er sich zum Christentum bekennt, kein Christentum und keinen Christus gibt – sonst hätte es dort keinen Krieg gegeben.“ Die Befunde in der Geschichte Deutschlands sind am traurigsten, denn nirgendwo anders ist das Christentum in solchem Ausmaß einer „Kaiserhoftheologie“ verfallen. Das deutsche Kirchentum beider Konfessionen zeigte im 20. Jahrhundert keine Scheu, den Drahtziehern von zwei Weltkriegen und ihren Militärapparaten den feierlichsten Segen zu erteilen. Deutsche Kriegstheologie stand im amtlichen Protestantismus des Kaiserreiches zeitweilig an erster Stelle. Nicht minder waren die römisch-katholischen Bischöfe dem protestantischen Kaiser willfährig. Sie stellten sich der Weltkirche im heiligen deutschen Krieg so entgegen, wie man es sonst nur bei den nationalkirchlichen oder romfreien (Alt-)Katholiken wahrhaben wollte. Doch neun Millionen Tote und 21 Millionen Verwundete waren immer noch kein Grund zum *Umlernen* für ein neues Handwerk (Jesaja 2,4). Hernach wurden Hitlers Nationalismus und Krieg erneut von den Bischöfen beider Konfessionen unverdrossen und eifrig gutgeheißen – auch vom deutschnationalen Bischof Clemens August Graf von Galen, einem Förderer der Kriegsmoral. Das röm.-kath. Episkopat und die evangelische Kirchenobrigkeit stellten den Gläubigen die Beteiligung am Hitlerkrieg *fast ausnahmslos* als Christenpflicht und den Hitler-Eid als bindend dar. Bekannte Verbrechen im Rahmen des Russlandfeldzuges wurden mit Blick auf das „große Ziel“ als notwendige Opfer und Sache der Verantwortlichen betrachtet. Das berüchtigte Handbuch des Führer-Verehrers Erzbischof Conrad Gröber beschwor die „asiatische Unkultur“. Es empfahl im Vorwort einen völkisch-germanisch und antisemitisch begründeten Vernichtungskrieg gegen den „Bolschewismus“. Unter dem Stichwort „Völkerfriede“ wurde gelehrt: „Der übertriebene Grundsatz >Nie wieder Krieg< [ist] eine Utopie“ und „Festhalten am Frieden um jeden Preis ist unsittlich“. Diesmal vervielfachte sich die Lawine der Kriegstoten auf über 60 Millionen Menschen. Beim Mord an sechs Millionen Juden und zigtausenden anderen „Reichsfeinden“ waren nach historischem Befund stillschweigende Duldung oder Kollaboration der Normalfall und widerständige Christen wie Domprobst Bernd Lichtenberg in Berlin oder Bekenntnissynodale die große *Ausnahme*. Der kleinen Schar der christlichen Kriegsdienstverweigerer und Führereid-Brecher hat man in dieser Zeit die Sakramente verweigert.
1945 hätte all dies zur Selbsterkenntnis führen müssen: Das deutsche Christentum war restlos bankrott. Doch über Nacht galten die Kirchen wieder als maßgebliche Moralinstanzen. Selbstgefällig liest man seitdem in schön gestalteten und literarkritisch edierten Ausgaben der Werke Dietrich Bonhoeffers. Die historische Erforschung der aktiv kriegsförderlichen Rolle der Kirchen in *zwei* Weltkriegen ist

recht weit gediehen (vgl. z.B. die Arbeiten von Karl Hammer und Heinrich Missalla und das Publik-Forum-Buch „Dem Führer gehorsam: Christen an die Front“). Doch in kirchlichen Friedensdenkschriften werden die unbequemen Ergebnisse nicht nachvollziehbar aufgegriffen. Bis heute findet man z.B. in den Verlautbarungen der deutschen Bischofskonferenz sogar den entschuldigenden Hinweis, man habe es ja im „Dritten Reich“ immerhin mit einer rechtmäßigen staatlichen Obrigkeit zu tun gehabt. (*Bürger* 2005b, 88f)

3. Folgen des kirchlichen Gedächtnisverlustes in der Gegenwart

Die Gegenwartsfolgen der kirchlichen Amnesien sind unübersehbar. (*Bürger* 2005b, 80ff) Die im Gefolge der Lehre vom „gerechten Krieg“ entwickelten Häresien (z.B. Aussagen über ein sittlich neutrales instrumentelles Töten) sind noch immer nicht aufgearbeitet. Die alten Verdammungen der gewaltfreien Christen – z.B. in der Augsburger Bekenntnisschrift (Art. 16) – sind bis heute nicht aufgehoben und werden in Gesangbüchern weiter abgedruckt. (*epd* 2005) Christliche Pazifisten werden – anders als bei vielen Bischöfen der ehemaligen DDR oder der USA und z.B. beim UNO-Vertreter des Vatikans unter Paul VI. – in den deutschen Großkirchen noch immer als Außenseiter betrachtet. Man will sie respektieren und weist ihnen als Minderheit eine *Nische* in der Volkskirche zu. Während man den Soldaten überwiegend eine ehrenvolle Aufgabe bescheinigt und erst zaghaft den Militärdienst als Gewissensfrage thematisiert, will man die Kriegsdienstverweigerer vor allem „beschützen“.

Entsprechend sind die Prinzipien *aktiver* Gewaltfreiheit in kirchlichen Papieren nur selten wirklich angekommen. Unter dem Begriff des „gerechten Friedens“ müssten sie jedoch den *Kern* kirchlicher Aussagen ausmachen. Würde man den Befund der frühkirchlichen Gewaltfreiheit in kirchlichen Verlautbarungen *sachgerecht* wiedergeben und an die z.T. blutige Verfolgung gewaltfreier Christen durch die Großkirchen erinnern, würde sich wohl auch die oftmals hochmütige Haltung gegenüber pazifistischen Mitchristen verändern.

Die von den Nazis eifrig gepflegte preußische Tradition des Militärrituals ist nach zwei Weltkriegen immer noch nicht verschwunden und wird neuerdings verstärkt in den zivilen Lebensraum unserer Städte verlagert. Zum feierlichen Gelöbnis bzw. Zapfenstreich spielt die Militärkapelle immer auch einen religiösen Choral („Ich bete an die Macht der Liebe“). Die Soldaten erhalten den Befehl „Helm ab zum Gebet!“. Der Staat zwingt hierbei „Bürger in Uniform“ zu religiösen Gesten bzw. Handlungen. Mir ist bislang kein kirchlicher Einspruch dagegen bekannt, dass der Staat zu Zwecken einer öffentlichen Werbung für das Militär Symbole des Glaubens missbraucht. In Köln segnet Kardinal Meißner die Verfeierlichung des Soldatentums mit der Weisheit „In betenden Händen sind Waffen gut aufgehoben.“

In Düsseldorf steht zu befürchten, dass katholische Schützenvereine im Juni 2006 einen Großen Zapfenstreich mit ihrer Anwesenheit beehren.

Der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien wurde rhetorisch immer wieder mit Vergleichen zu Hitler und dem deutschen Faschismus begründet. Im Februar 2006 untermauerte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Notwendigkeit eines „entschiedenen Vorgehens“ gegen den Iran mit Hinweis auf die abwartende Eindämmungspolitik gegenüber dem „Dritten Reich“: „Wir haben aus unserer Geschichte gelernt.“ Anders als 1945 heißt es heute wieder: „Es gibt neue Hitlers, und folglich sind auch immer wieder neue Kriege erforderlich.“ Sechzig Jahre nach Gründung der UNO greift man auf Argumentationsmuster aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zurück, als wäre in der Zwischenzeit nichts geschehen. Seit den 1990er Jahren erleben wir bezogen auf den Faschismus in der Bundesrepublik einen geschichtspolitischen Erinnerungsumbau (Hannes Heer). Zweifellos dient dies wie in den 1950er Jahren der Remilitarisierung. Deutsche Bombenopfer rücken in den Mittelpunkt. Die Dramen im Führerbunker und anderes werden auf der Leinwand als weltmarkttaugliche „neue deutsche Tragik“ inszeniert. Kirchliche Amnesien bezogen auf den Zweiten Weltkrieg und die Zeit des Faschismus können dieser Entwicklung nur zuarbeiten.
Ein lebendiges Geschichtsbewusstsein davon, dass die Großkirchen in Deutschland in zwei Weltkirchen regelrechte Kriegskirchen waren, würde schließlich eine disziplinierte Selbstkontrolle nach sich ziehen. In diesem Fall hätte man z.B. im EKD-Bereich den zum Missbrauch einladenden und fahrlässigen Begriff „Krieg als ultimatio ratio“ 2001 kaum noch weitertransportiert.

Ob die Logik der deutschen „Kirchenväter“ aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts heute wirklich überwunden worden ist, das kann anhand klarer Kriterien beurteilt werden: Wird das Eintreten für die Menschen- und Grundrechte *aller* Migranten, das z.B. von namhaften Vertretern der Deutschen Bischofskonferenz und vielen evangelischen Organisationen schon jetzt glaubwürdig geübt wird, zum Grundanliegen der deutschen Kirchen in ihrer Gesamtheit? „Neuer Patriotismus“ und die Doktrin nationaler Interessensvertretung werden derzeit wieder – bis hinein in sozialdemokratische Kreise – propagiert. Auch aufgrund ihrer Geschichte dürfen die deutschen Kirchen diesen Tendenzen an keiner einzigen Stelle entgegenkommen. Sie müssen vielmehr ihre Ausrichtung an der Weltökumene – jenseits nationaler Sichten – so eindrucksvoll entwickeln, dass sie im Kontrast zu ihrer Geschichte ein ermutigendes Licht für die gesamte Christenheit auf der Erde werden können.

IV. Was tut sich in Deutschland und Europa – Was sagen die Kirchen?

In den USA wenden sich kritische Christen und US-Kirchen, die weltweite ökumenische Freundschaft pflegen, vornehmlich an die Adresse der *eigenen* Regierung. Ich halte es für eine entscheidende Anfrage an Autoren deutscher Kirchenpapiere, ob sie es ebenso halten. Hierzulande gegen die US-amerikanische Regierung zu schimpfen, dazu gehört heute kaum noch Mut. *Vor Ort* die politische Auseinandersetzung nicht zu scheuen, das allerdings ist ohne Konflikte nicht denkbar.

1. Zurückhaltung beim kriegsfreundlichen Programmwechsel der Volksparteien

Was sich in der Bundesrepublik militärpolitisch verändert hat, ist am schmerzlichsten wohl am Wandel der Grünen Partei auszumachen. Dass die entsprechenden Aussagen aus der Konrad-Adenauer-Stiftung, der CDU-Denkfabrik, schlimmer ausfallen, ist kaum ein Trost. Beispielhaft möchte ich die Partei nennen, deren Parteibuch viele evangelische Synodale und auch der derzeitige EKD-Ratsvorsitzende in der Schublade haben. In der Tradition Willy Brandts erklärte Günther Verheugen (SPD) noch am 6. November 1995: „Ich stelle für die SPD fest: unsere Bundeswehr ist kein Interventionsinstrument. (...) Damit schließe ich ausdrücklich Erwägungen aus (...), Aufgabe der Bundeswehr könnte die Sicherung der Rohstoffversorgung und der Handelswege sein.“ Damit war eine klare Grenze zu CDU-Vorstellungen gezogen. Nur ein halbes Jahrzehnt später proklamierte der SPD-Minister für das Militärressort, Rudolf Scharping, am 21. Januar 2001 auf dem SPD-Programmforum „Sicherheit“: „In 25 Jahren ist das Gas in der Nordsee alle, aber in der Region um Afghanistan und im Kaukasus ist alles vorhanden. Und ob dort regionale Sicherheit entsteht, ist im Interesse aller, die in Zukunft aus der Region Energie beziehen wollen.“ 2002 wird sein Nachfolger, Minister Peter Struck (SPD), genau diese Region als Schauplatz für die *„Verteidigung unserer Frei-*

heit am Hindukusch“ proklamieren. Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist vom streng völkerrechtlichen Internationalismus eines Willy Brandts wenig zu spüren. Die neuen Ziele erinnern eher an die kolonialistische, national ausgerichtete Ideologie des rechten SPD-Politikers Gustav Noske zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Die übliche menschenfreundliche Argumentation beim Umbau der Bundeswehr in eine Angriffs-Armee können Sie mit Kenntnis von Texten, die meist vor *militärischem* Publikum gesprochen werden, richtig deuten. Am 9.11.2004 meinte Peter Struck (SPD) als Minister für das Militärressort: „*Moral und Geschichte reichen sicherlich nicht aus*, um in jedem Einzelfall über Europas sicherheitspolitisches Engagement zu entscheiden. Andere Faktoren müssen hinzukommen, vorrangig die *europäischen Interessen*. Ich denke, dass in der Tat *die wirtschaftliche Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert*, die Globalisierung und das Aufkommen neuer Bedrohungen zu gemeinsamen *materiellen Interessen der Europäer* geführt haben. Sie stehen gleichwertig [!] neben ideellen Verpflichtungen. Zu diesen Interessen gehören der Schutz gegen internationalen Terrorismus oder die Begrenzung der Auswirkungen destabilisierender Konflikte in der europäischen Nachbarschaft. Dazu gehören auch der *Schutz vor illegaler Immigration* und organisierter Kriminalität oder der *Schutz der Energie- und Rohstoffversorgung*.“ (Rede auf dem 15. Forum Bundeswehr & Gesellschaft der Zeitung „Welt am Sonntag“) Die eigenen Grenzen dürfen wir also vor den Armen der Welt, soweit sie nicht in den Zwischengewässern ertrinken, mit Militärhilfe und hohen Mauern abdichten, andererseits jedoch – selbst alle Grenzen überschreitend – uns in aller Welt holen, was zur Aufrechterhaltung unseres Lebensstils vonnöten ist. Wenn die Kirchen nach solchen neokolonialistischen Reden sich nicht einmischen, wann dann?

Bei Fragen wie dem Paragraphen 218 und der so genannten Homoehe haben Kirchenleute keine Scheu, sich in die parteipolitische Debatten einzumischen. Bezogen auf den „sicherheitspolitischen“ Programmwechsel in beiden Volksparteien wird jedoch eine Zurückhaltung geübt, die *sehr* erklärungsbedürftig ist. Schonen die Konfessionen die ihnen jeweils nahe stehende Partei? Der äußerst weit gespannte „Sicherheitsbegriff“ im Koalitionsvertrag der derzeitigen Regierungsparteien ist offen für mancherlei „Transformationen“. Umso dringlicher erscheint es, die friedensethische Orientierung der Großkirchen – bezogen auf ihre Glaubwürdigkeit und die Fähigkeit zum Widerspruch – zu befragen.

2. Die neuen Zielvorgaben in westlichen Militärdoktrinen

Den Hintergrund der neuen Anschauungen sollten wir erinnern. Bereits 1975/76 benennt das militärpolitische „Weißbuch“ die Verknappung von Erdöl und anderen Rohstoffen als „sicherheitspolitische Bedrohung“ der Bundesrepublik. CDU-Minister Rühe formuliert in seinen Verteidigungspolitischen Richtlinien (26.11.1992) als Auftrag der Bundeswehr: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen“.

Oberstleutnant i. G. Reinhard Herden schreibt nach Austausch mit US-Militärs im offiziellen Bundeswehrorgan „Truppenpraxis/Wehrausbildung“ (Nr. 2/1996): Im 21. Jahrhundert „werden die jetzt im Frieden miteinander lebenden wohlhabenden Staaten gegen die Völker der armen Staaten und Regionen ihren Wohlstand verteidigen müssen. (...) Der Menschheit steht ein Jahrhundert des Mangels bevor. Um Dinge, die man einmal kaufen konnte, wird man Krieg führen.“ Präzise fragt der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf: „Können wir es ertragen, wenn ein nicht unwesentlicher Teil der Menschen verhungert? Wie wollen wir uns gegen den Anspruch der Armen dieser Erde schützen, mit ihnen zu teilen, wenn wir kaum bereit sind zu teilen. (...) Welche kriegerischen Gefahren erwachsen aus diesen Entwicklungen? (...) Die Art wie wir leben, ist nicht verallgemeinerungsfähig. (...) Das heißt aber, dass die Fortführung unserer eigenen Lebensweise nur möglich ist, wenn sie auch in Zukunft einer privilegierten Minderheit, den hochentwickelten Industrienationen, vorbehalten bleibt.“ (*Biedenkopf*: Ein deutsches Tagebuch. Berlin 2000) Im Klartext bekennt heute das – unter Beteiligung eines ehemaligen deutschen Staatssekretärs verfasste – „European Defence Paper“ (Paris Mai 2004):

„Künftige regionale Kriege könnten die *europäischen Interessen tangieren* [...] indem europäische Sicherheit und *Wohlstand* direkt bedroht werden. Beispielweise durch die *Unterbrechung der Ölversorgung* und / oder eine massiven Erhöhung der *Energiekosten [oder] der Störung des Handels- und Warenströme*." (www.iss-eu.org/chaillot/wp2004.html).

Wohlstandsverteidigung, Rohstoff- und Handelssicherung, nationale oder regionale „Interessenssicherung" etc. in militärpolitischen Doktrinen sind mit der christlichen Friedensethik strikt unvereinbar. Auch unser Grundgesetz sieht all dies mit keinem Nebensatz vor. Eine aggressive Weltwirtschaft produziert Gewalt und Krieg. Seit 15 Jahren werden *wirtschaftliche bzw. nationale Interessen*, freie Handelswege, gesicherte Energiezufuhr, Rohstoffversorgung und ein „Schutz vor illegalen Immigranten" immer unverhohlener als Gesichtspunkte der westlichen Militärpolitik benannt. Das Gesamtprogramm findet man in Schriften von Parteistiftungen, Vorlagen öffentlich geförderter „Denkfabriken", Ministerreden und Militärdoktrinen. Die Kirchen können sich nicht länger davor drücken, diese Dokumente nach *gründlicher Sichtung* zu zitieren und eindeutig Stellung zu beziehen. Der entscheidende Punkt ist: Es geht auch beim Blick auf US-Amerika, Europa, NATO und Deutschland keineswegs mehr nur um einen *Streit über den Weg*, auf dem Friedenssicherung erreicht werden soll. Es geht – nachzuweisen schon durch eine vergleichende Lektüre von Hirtenworten und Militärdoktrinen – um *gegensätzliche Ziel- und Friedensvorstellungen*! Hier steht das ökumenische Votum für globales Gemeinwohl und eine solidarisch gestaltete Welt, dort steht das erklärte Ziel von „moralisch" argumentierenden Akteuren der reichsten Zentren, ohne Rücksicht auf die Mehrheit der Menschen die Welt mit Hilfe von militärischer Macht im Sinne ihres Eigennutzes zu gestalten. Dabei denkt man – wie jüngst Frankreichs Präsident – ganz offen auch über den Einsatz von Atombomben nach.

3. Schweigen zur Aushebelung unseres Grundgesetzes?

Die Bundeswehr wird sich radikal verändern. Die offizielle Linie: „künftige Einsätze lassen sich [...] weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen. Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art des Einsatzes." (Verteidigungspolitische Richtlinien 2003, www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Bundeswehr/vpr2003.html) Die Europäische Sicherheitsstrategie (Brüssel, 12.12.2003) beschreibt ein schwammiges Präventivkriegskonzept: „Unser herkömmliches [!] Konzept der Selbstverteidigung [...] ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste *Verteidigungslinie oftmals im Ausland* liegen. Die neuen Bedrohungen sind *dynamischer* Art." Die Bestimmungen unserer Verfassung werden seit Jahren mit Rekordgeschwindigkeit vernebelt. Mit großem Ernst schreibt unsere Verfassung den Dienst am Frieden als Kern bundesdeutscher Staatlichkeit fest (Präambel). Die Ächtung aller Angriffshandlungen durch die UN-Charta ist gemäß Art. 25 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland bindendes Recht. GG Art. 26 und Strafgesetzbuch § 80 erklären bereits vorbereitende Aktivitäten zu Angriffshandlungen für verfassungswidrig und kriminell. GG Art. 87a begrenzt die Bundeswehr strikt auf die Landesverteidigung (andere Fälle sind im Grundgesetz eben nicht vorgesehen). GG Artikel 115 definiert den Verteidigungsfall, wenn „das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird". Demgegenüber beruft sich die Bundesregierung für Auslandseinsätze der Bundeswehr mit einer (äußerst umstrittenen) Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994 zu „out-of-area-Einsätzen" auf GG Art 24 Abs. 2 (kollektives Sicherheitssystem). Statt der Öffentlichkeit bezogen auf den Abschied vom Grundgesetz reinen Wein einzuschenken, zieht man es vor, den Begriff „Verteidigung" bis hin zu Peter Strucks geflügeltem Hindukusch-Motto ins völlig Beliebige zu interpretieren. Regelrecht zynisch antwortet inzwischen der Generalbundesanwalt auf kritische Rückfragen. Er teilte in einem Brief an die „Kooperation für den Frieden" vom 21. Januar 2006 mit: „Nach dem eindeutigen Wortlaut der Vorschrift [Art. 26 GG; § 80 StGB] *ist nur die Vorbereitung an einem Angriffskrieg und nicht der Angriffskrieg selbst strafbar*, so dass auch die Beteiligung an einem von anderen vorbereiteten Angriffskrieg nicht strafbar ist". (zit. Friedensforum 1/2006, 4)

Die deutsche Entwicklung steht in einem größeren Zusammenhang. Die wunderbaren Friedenspassagen der japanischen Verfassung stehen zur Debatte. Die österreichische Neutralität steht wohl bald nur noch auf dem Verfassungspapier. In Italien möchte Berlusconi den Verfassungsartikel „Italien verabscheut den Krieg" streichen und durch ein „Recht auf Sicherheit" und Präventivkriege ersetzen.

Die Rechtslage in der Bundesrepublik wird von Rechtswissenschaftlern keineswegs als geklärt angesehen (vgl. *Kutscha* 2004). Das hat die EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung 2001 ansatzweise auch erhellt. Für den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit agierenden Interventionsarmee fehlt die Verfassungsgrundlage. Kritiker befürchten seit 2005 Grundgesetzänderungen unter den Bedingungen einer Großen Koalition, die nicht nur den Bundeswehreinsatz im Inland betreffen. Sie erhalten leider Bestätigung. Der Bundesminister für das Militärressort, Franz Josef Jung, sagte in einem Interview der Frankfurter Rundschau vom 4.4.2006: „Wir können zwischen innerer und äußerer Sicherheit heute in der Tat nicht mehr klar trennen ... In der Verfassung steht als Auftrag der Bundeswehr: Landesverteidigung. Die Auslandseinsätze beruhen rechtlich alle auf einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1994. Deshalb müssen wir über eine *Anpassung der verfassungsrechtlichen an die tatsächliche Lage* reden. [...] In dem von mir beschriebenen Sinn bin ich für eine verfassungsrechtliche Klarstellung."

Die neuen Töne, flankiert von Meldungen des Jahres 2005 über höhere Bundeswehretats für Leichenrückführungen, beunruhigen auch Soldaten und Soldateneltern. Wie fällt das Engagement der Kirchen zugunsten der Friedensstaatlichkeit aus? Was sagen sie zu einem militärischen „Verteidigungsbegriff", der bis zum Hindukusch langt und keine Grenze mehr kennt? Nehmen sie Stellung zu dem Umstand, dass junge Menschen sich immer häufiger aufgrund von Arbeitslosigkeit beim Militär verpflichten und gefährliche Auslandseinsätze in Kauf nehmen, weil es äußerst attraktive, steuerfreie Tageszulagen zwischen 50 und 100 Euro dafür gibt? Zeigen sie sich von Ängsten der Soldaten und ihrer Angehörigen berührt?

4. Ausbleibende Kritik an Kriegen mit deutscher Beteiligung

Seit anderthalb Jahrzehnten ist Deutschland in eine ganze Reihe kriegerischer Unternehmen verwickelt. Milliardenschwere Rüstungsprogramme wurden beschlossen. Mit Milliardenschecks in Serie hat die Bundesrepublik den *Golfkrieg 1991* refinanziert. Wir wissen heute um erpresste Stimmen für das UNO-Mandat, den Verzicht auf diplomatische Lösungen, die westlichen Kriegslügen und Kriegsverbrechen. Mehr als 1,5 Millionen Menschen starben als Folge dieses Krieges im Irak. Die Infrastruktur des Landes wurde flächendeckend zerstört. Radioaktive Verseuchung aufgrund der eingesetzten Uranmunition führte z.B. im Krankenhaus der Dominikanerinnen von Bagdad zur Geburt vieler lebensunfähiger oder grausam verunstalteter Kinder.

Zum *Jugoslawienkrieg 1999* unter deutscher Beteiligung teilt der angesehene OSZE-Politiker und Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer (CDU) mit, er habe auf US-Seite dazu gedient, geostrategische Versäumnisse des Zweiten Weltkrieges zu korrigieren. Von US-Seite erfuhr Wimmer auch: „Die europäischen Verbündeten hätten beim Krieg gegen Jugoslawien deshalb mitgemacht, um de facto das Dilemma überwinden zu können, das sich aus dem im April 1999 verabschiedeten >Neuen Strategischen Konzept< der Allianz [Nato] und der Neigung der Europäer zu einem vorherigen Mandat der UN oder OSZE ergeben habe." Die kurzsichtige, militärisch fixierte Politik hat auf dem Balkan viele schwelende Konfliktherde zurückgelassen und Europa mit Flüchtlingselend überschüttet. Die Not der Menschen im Kosovo, so gestehen auch anfängliche Glaubensanhänger eines „humanitären Engagements" ein, hat dieser Krieg um ein Vielfaches verschlimmert. Altbundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) sah sich – ganz anders als Gerhard Schröder – veranlasst zur nüchternen Feststellung: „Gegängelt von den USA haben wir das internationale Recht und die Charta der Vereinten Nationen missachtet." (FR, 3./4.4.1999) 1999 hat Europa die große Chance verspielt, auf dem Globus ein glaubwürdiger Anwalt nichtmilitärischer Weltordnungsmo-

delle zu sein und dafür Partner aus vielen „unterentwickelten“ Ländern zu gewinnen.
Der Papst hatte bezogen auf den Schauplatz *Afghanistan 2001* gebeten, auf Terror nicht mit Krieg zu antworten und die Zivilisation nicht zu gefährden. Die rotgrüne Regierung schickte indessen dem Kriegsbündnis Bundeswehrsoldaten. Die Kriegsführung führte zur weiteren Aushöhlung des humanitären Völkerrechts (Ermordung von mehreren tausend unbewaffneten Kriegsgefangenen unter Billigung oder gar Aufsicht des US-Militärs; Guantanamo; verschleierte Opferzahlen mit mehreren tausend toten Zivilisten – namentlich über Kriegsführung, Gefangenenpraxis etc. der deutschen KSK-Soldaten gibt es keine verlässliche Information der Öffentlichkeit). In die Koalition der „Guten“ wurden erwiesene Kriegsverbrecher („Nordallianz“) eingereiht. Es gab bezogen auf die größere Region seit mehr als zehn Jahren und bezogen auf ein Pipeline-Projekt ganz aktuell stichhaltige Vermutungen zu strategisch-ökonomischen Kriegszielen. Die Art der Kriegsführung (Bombardements aus hochfliegenden Flugzeugen; Streubombeneinsätze) machte das erklärte Kriegsziel (Terroristenfahndung) nicht gerade glaubwürdig. – Autoren wie der Theologe Hans Küng oder Jürgen Todenhöfer (CDU) konnten nicht einsehen, wie hier von einem „gerechten Krieg“ die Rede sein sollte. – An den Haaren herbeigezogene weitere Kriegsziele wie die Frauen-Gleichberechtigung erwiesen sich mit Blick auf den Verzicht auf Menschenrechtspolitik bei Bündnispartnern der USA (Saudi-Arabien) als Propaganda. Im Ergebnis blüht außerhalb Kabuls in Afghanistan wenig auf – den Opiumanbau ausgenommen. (Der weltweite Heroinhandel gedeiht wie schon lange nicht mehr.) In einem unter Verschluss gehaltenen Lagebericht des Auswärtigen Amtes von Mitte Juni 2005 hieß es, die Situation habe sich für Afghanen >weiterhin landesweit nicht verbessert<.“ (News Yahoo, 13.08.2005) Inzwischen hat sich die Lage noch verschlimmert und bleiben zutreffende Berichte weiterhin unter Verschluss! Nach einer Meldung des „Standards“ vom 3. April 2006 erwartet die US-Regierung als Folge gegenwärtiger Militärplanungen eine weitere Zunahme der Gewalt.
Den Wahlkampf 2002 hat Gerhard Schröder mit einem Versprechen gewonnen, das er später gebrochen hat. Dass eine CDU-Regierung dem *US-Krieg 2003 gegen den Irak* noch bereitwilliger Beistand geleistet hätte als Rot-Grün, macht die Sache kaum weniger schlimm. Ohne Bundeswehrsoldaten mit Fuchs-Spürpanzern in Kuwait, ohne Bundeswehrbeteiligung an AWACS-Flügen der NATO rund um den brennenden Kriegsschauplatz, ohne Bundesmarine am Horn von Afrika, ohne deutsche Ersatzbewacher vor US-Kasernen und vor allem ohne die uneingeschränkten Flug- und Landeerlaubnisse in Deutschland, ihrem größten europäischen Militärumschlagplatz, hätte die US-Regierung den Irak-Krieg überhaupt nicht führen können. Nach dem „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ (12.9.1990) und späteren Zusatzbestimmungen gab es aber keinerlei Notwendigkeit mehr, auf die Souveränität bezogen auf den deutschen Luftraum zu verzichten. Anhaltend weigerte sich die rot-grüne Bundesregierung aufgrund ihrer eigenen völkerrechts- und verfassungswidrigen Beihilfen, die offenkundige *Völkerrechtswidrigkeit* des Irak-Krieges als solche auch zu benennen. Ein Bundeswehrmajor aber hatte Rechtsbedenken. Er verweigerte den Befehl zur Mitarbeit an einem logistischen Software-Programm, weil er eine verfassungswidrige Unterstützungsleistung für den Irak-Krieg befürchtete. Nach seiner Degradierung klagte der Major vor dem Bundesverwaltungsgericht und bekam per Urteil des 2. Wehrdienstsenates vom 21. Juni 2005 Recht. Das Gericht sprach dem Soldaten im konkreten Fall des Irak-Krieges das Verweigerungsrecht aus Gewissensgründen zu und benannte in der Urteilsbegründung sogar die einzelnen deutschen Beihilfen zum Irakkrieg und die Völkerrechtswidrigkeit dieses Krieges (BVerwG 2 WD 12.04). Wer als Soldat begründete Zweifel an der Rechtmäßigkeit eines Befehls hat, der darf auch bei uns nein sagen. Es steht zu erwarten, dass solche Fälle zunehmen, wenn die Anschauungen fast aller Parlamentsfraktionen zur interventionistischen „Transformation“ der Bundeswehr weiter umgesetzt werden. In diesem Jahr wird immer deutlicher, dass die *deutsche Verwicklung in den Irakkrieg* und auch in die US-amerikanische Folterlogistik das bislang bekannte Ausmaß vermutlich um einiges übersteigt.

Bei all diesen Beispielen deutscher Kriegsbeteiligung hat es keinen nennenswerten – und zeitnahen – kirchlichen Einspruch gegeben. Die Regel: *Wenn der gesellschaftliche Konsens und der Medien-*

Mainstream z.B. Anti-Irakkriegs-Demonstrationen gut finden, sind Kirchen auch mit ihrer kirchensteuerfinanzierten Logistik mit im Boot. Wenn Kritik an der Politik des eigenen Landes dringend notwendig wäre, schweigen sie. Noch schlimmer: Der neu gewählte Präses der Rhein. Landeskirche Nikolaus Schneider, bei friedensbewegten Christen hoch angesehen, predigte am 27.1.2003 in Düsseldorf noch vor seinem Amtsantritt: „>Zu 98% haben die Pazifisten recht< – sagte Karl Barth einmal. [...] Die Kriegserklärungen der Alliierten gegen Deutschland gehörten zu den 2 %, wie vielleicht auch die militärische Gewalt auf dem Balkan und in Afghanistan.“ (*Schneider* 2003) Diese als Argument *gegen* einen Angriffskrieg im Irak formulierte Mutmaßung erfolgte ohne Anfrage und ohne jegliche Notwendigkeit. Bezeichnenderweise dreht es sich bei den hier thematisierten neueren Kriegen, denen ein mögliches „Gerechtsein“ zugebilligt wird, wieder um Kriege mit *bundesdeutscher* Beteiligung.

5. Nachbeten der offiziellen Propaganda zur Europa-Architektur

Der vorerst gescheiterte europäische Verfassungsvertrag sah vermehrte „Verteidigungsanstrengungen“ und eine – später umbenannte – Rüstungsagentur vor. Doch wer weiß schon, dass der bei uns öffentlich allgemein gelobte Entwurf zur „EU-Verfassung“

- eine Aufrüstungsverpflichtung für alle Mitgliedsstaaten enthielt (Art. I-41,3) und damit die erste „Verfassung“ der gesamten Geschichte gewesen wäre, die eine fortschreitende Militarisierung festschreibt?
- ein Amt für die Umsetzung der Aufrüstung vorsah bzw. vorsieht (Art. I-41,3), aber keine vergleichbare, vom Militär unabhängige Einrichtung und Budgets für intelligente zivile Konfliktbearbeitung und gewaltfreie Krisenprävention?
- ein militärisches Kerneuropa vorsieht (III-312), wozu Deutschland gehören würde?
- Kampfeinsätze der EU-Truppen ohne jede territoriale Begrenzung möglich macht und sogar so genannte „Abrüstungskriege“ (II-309,1)?
- Entscheidungen über Militärinterventionen bzw. Kriegsführung dem Ministerrat der EU überträgt (Art. I-41, 4+5)?
- den Parlamenten Entscheidungsbefugnis und Kontrolle über Außenpolitik und Militäreinsätze entzieht – stattdessen nur ein vages Anfrage- und Informationsrecht der Europa-Parlaments nennt (Art. I-41,8 und II-304,2)?
- nicht einmal eine Kontrolle der militärischen Außenpolitik des EU-Ministerrats durch den Europäischen Gerichtshof ermöglicht? (Art. III-376)
- sich nirgends im Klartext zur völkerrechtlichen Ächtung des Angriffskrieges bekennt und stattdessen vieldeutig von einer „Weiterentwicklung des Völkerrechts“ spricht?

Das alles wäre nach der so friedliebend klingenden Präambel nicht zu erwarten gewesen. Absurderweise wird oft mit der zerstörerischen Militärstärke-Politik der US-Administration argumentiert, der etwas entgegengesetzt werden müsse. Man denkt bei Alternativen nur noch an neue Militärpole, an einen Abklatsch gescheiterter Programme der Vergangenheit. Die „humanitäre Rhetorik“ ist stets eingebettet in das Militärressort und seine Logik und in regionale Interessenspolitik.
Diese Militarisierung wurde auch im Raum der Kirchen mit Argumenten einer EU-Werbekampagne beschönigt. (Anders allerdings: *EKiR* 2005, 55-57!) Aus der EKD-Kammer für Öffentliche Verantwortung, die mit der Erarbeitung einer neuen EKD-Friedensdenkschrift befasst ist, war z.B. zu hören: Der EU-Verfassungsvertragsentwurf „räumt der Sicherung des Friedens hohe Priorität ein. Die Errichtung einer Verteidigungsagentur und die angezielte >Verbesserung militärischer Fähigkeiten< meinen nicht notwendig Aufrüstung und sind flankiert durch die Erwähnung [sic!] der zivilen Komponente der Friedenssicherung.“ (*Pausch* 2005) Die Kirchen dürfen einer Friedenspräambel jedoch nur dann Vertrauen schenken, wenn die „zivile Komponente“ nicht nur erwähnt wird, sondern auch überzeugend *ausgeführt* ist. (Nichtmilitärische Friedenssicherung darf schließlich nicht bloß eine „Komponente“ sein, sondern muss als ein vom Militärischen unabhängiges Programm gestaltet werden.) Minimalvoraussetzung wäre die institutionelle und personelle Absicherung eines *rein* zivilen Programms der Kriegsprävention und Friedensförderung. Entsprechende Budgets müssten den Rüstungshaushalten *zumindest* gleichgestellt sein.

V. Krokodilstränen für Afrika: Die Aufrüstung der reichen Weltzentren im Dienste „guter Taten"

Schon im letzten Jahrhundert war auf Ebene der UNO bekannt, dass die AIDS-Epidemie auf dem afrikanischen und anderen Kontinenten nur durch ein Präventionsbudget in Höhe von etwa zehn Milliarden Dollar eingedämmt werden könnte. Der Betrag, ein Hundertstel des gegenwärtigen Weltrüstungshaushaltes, kam nicht zusammen. (Im aktuellen Haushaltsentwurf der Bundesrepublik sind jährlich insgesamt 30 Milliarden Euro für Rüstungsausgaben und Militär vorgesehen.) Afrika-Hilfe ist chic. Frei nach einem Wort von Dorothee Sölle über Obdachlosenfürsorge könnte man auch sagen: „Die einen spielen Tennis, und die anderen haben Afrika-Hilfe als Hobby." Im Großmaßstab steht indessen fest: Das Massensterben in Afrika und die Folgen der Ausbeutung dieses Kontinentes sind der westlichen Welt in Wirklichkeit völlig gleichgültig.

1. Das Verhältnis militärischer und ziviler Anstrengungen

Altbundeskanzler Helmut Schmidt ist einem Argument, das heute für eine Politik der ehrenwerten Kriege herhalten soll, in der *Zeit* vom 16.12.1998 auf den Grund gegangen: „Manche westliche Politiker missbrauchen den Begriff >Menschenrechte< gar als Instrument aggressiver außenpolitischer Pressionen. Und sie setzen es selektiv ein [...] Warum diese Ungleichbehandlung? Ganz einfach: unterschiedliche wirtschaftliche und strategische Interessen." Erweisen sich der moralische Anspruch und die so mitmenschlichen Zielproklamationen der weltpolitischen Akteure der reichen Weltteile anhand ihrer gegenwärtigen Früchte als irgendwie glaubwürdig? „30.000 Kinder sterben täglich an Hunger, den Folgen schmutzigen Wassers und vermeidbaren Krankheiten. 1,5 Milliarden Menschen leben mit weniger als 1 US-Dollar pro Tag. 2,8 Milliarden Menschen leben mit weniger als 2 US-Dollar pro Tag. [...] 78 Mrd. US-Dollar werden im Jahr weltweit für Entwicklungshilfe aufgebraucht. 116 Mrd. US-Dollar zahlen die Länder des Südens jedes Jahr an Zinsen an die >Geberländer<. 300 Mrd. US-Dollar beträgt der jährliche Vermögenszuwachs der 691 Milliardäre. 956 Mrd. US-Dollar betragen die jährlichen Rüstungsausgaben." (*Global Marshall Plan Initiative* 2005, 11)

Die weitaus meisten und „fähigsten" Wissenschaftler auf dem Globus arbeiten im Dienste der Militärforschung, der militärtechnologischen Industrie und anderer Sparten der Kriegswissenschaften. Die Forschungsmittel für präventive zivile Friedensmaßnahmen und für nichtmilitärbezogene Konfliktlösungsstrategien übersteigen im Westen wohl kaum die Ausgaben für reine Öffentlichkeitsarbeit des Militärs. Um eine institutionelle Verankerung der Kompetenzen für nichtmilitärische Strategien in der Politik ist es noch trauriger bestellt. Die Projekte für zivile Friedensarbeit sind – soweit es nicht profitorientierte private Dienstleister betrifft – überaus löblich; doch in der Gesamtschau kann man sie nur als Spielwiesen bezeichnen. Die Kirchen müssten, ausgehend von den zum Ende des Kalten Krieges vorgelegten Bekundungen der Ökumene, heute feststellen: *Die reiche Welt hat überhaupt keine Investitionen in die Entwicklung intelligenter und unblutiger Konfliktlösungsstrategien getätigt. Entsprechend wirksam gemachte Instrumente und Potentiale stehen uns folglich auch noch gar nicht zur Verfügung.* Wir verfügen lediglich über jene militärischen Potenzen, die sich in den letzten Jahren – aufzuzeigen etwa am Beispiel des Iraks – zur Lösung komplexer Prozesse in menschlichen Gesellschaften als *vollständig* untauglich erwiesen haben. Die Hilflosigkeit dieses steinzeitlichen Gewaltmodells ist auch eine der Ursachen für die Verrohungen und grausamen Folterexzesse im Militärapparat der wohlhabenden Staaten.

Indessen werden bei uns dubiose Denkfabriken für eine neue „Außen- und Sicherheitspolitik" installiert, die sich Vereine nennen und doch steuerfinanziert sind. Das Hauptanliegen besteht offenbar in der Propaganda für verfassungswidrige Auslandseinsätze der Bundeswehr. (In Düsseldorf wur-

den im Januar 2005 bei einer Diskussionsveranstaltung mit Minister Peter Struck, die ein solches „Institut“ vor Ort ausrichtete und an der neben Militärs auch Industrielle teilnahmen, Kritiker wie der Verfasser trotz anfänglicher Teilnahmezusage wieder ausgeladen. Der Abend wurde mit großem Polizeiaufgebot flankiert.)
Allein die USA geben gegenwärtig „in 32 Stunden für das Militär etwa soviel Geld aus, wie die UNO in einem Jahr Geld zur Verfügung hat.“ (Franz Alt) Die Entwicklungshilfebudgets betragen nicht annähernd ein Zehntel dessen, was in reichen Ländern allein für Werbung ausgegeben wird. Das Ausmaß, in dem so genannte Hilfsleistungen an arme Länder in Wirklichkeit nichts anderes sind als eigennützige, gewinnträchtige Investitionen, ist unglaublich. Sechzig Prozent der Entwicklungshilfeleistungen der G7-Länder, so eine Studie von ActionAid aus dem Jahr 2005, sind reine „Phantomgelder“. Die Handelsaktivitäten der 200 größten Konzerne übertreffen die Volkswirtschaften von 182 Staaten. Wenige hundert Superreiche haben mehr Vermögen als die Hälfte der gesamten Weltbevölkerung. Allein mit den Kosten des völkerrechtswidrigen Irak-Krieges hätte man weltweit allen Menschen in den „Entwicklungsländern“ Gesundheitssorge und Zugang zu Trinkwasser beschaffen können. (Sie betragen nach jüngsten Angaben des US-Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz mehr als eine Billion US-Dollar.) Nur ein Zehntel der weltweiten Jahresausgaben für den militärischen Sektor würde genügen, alle physische Menschennot auf der Erde nachhaltig zu lindern. Im Bundeshaushalt, so hat der grüne Parlamentarier Winfried Nachwei Anfang 2006 nachgerechnet, stehen militärische Posten und solche für zivile Friedensaufgaben etwa im Verhältnis zehn zu eins. Zu befürchten ist, dass nach Abzug militärisch instrumentalisierter und eingebundener „Zivilvorhaben“ das Ergebnis noch viel trauriger ausfällt. ... Bevor wir in diesem Land eine Milliardenlawine für die weitere Remilitarisierung lostreten, gäbe es *unendlich* viel, was für den Frieden der Welt wirksam und zwar ohne Waffen getan werden könnte.
Hier liegen *unverzichtbare* Fragen für jede kirchliche Verlautbarung: In welchem Verhältnis stehen militärische und zivile Anstrengungen? Wie hoch ist der Rüstungshaushalt, wie hoch sind die Budgets für globales nichtmilitärisches Engagement? Wie viele Menschen sind beim Militär, in „sicherheitspolitischen“ Instituten und in der Rüstungsindustrie beschäftigt? Wie viele sind es in der Friedensforschung, in rein zivilen Einrichtungen bzw. Projekten und im Bereich friedensförderlicher Technologien? Was bleibt nach Abzug mannigfacher Scheingelder von der Entwicklungshilfe übrig? An pauschalen Hinweisen auf das Ungleichgewicht der Ressorts mangelt es nicht. Wenn den Kirchenleitungen wirklich an einer breiten Bekanntmachung des Skandals gelegen sein sollte, werden sie heute mit fundierten Zahlen aufklären.

Jede kirchliche Friedenschrift muss zudem deutlich machen: Die Einbindung von „humanitären Hilfen“ in den militärischen Kontext ist längst gescheitert. „Zivile und humanitäre Komponenten“ in prinzipiell militärisch gedachten und angelegten Strategien sind *nicht* die zivileAlternative, die nach Überzeugung der Ökumene an die Stelle des Gewaltprogramms Krieg treten soll. Machtbezogene Konzepte einer „strategischen Entwicklungshilfe“ müssen durch ein neues Denken und eine neue Praxis der globalen Humanität ersetzt werden.

2. Das Schicksal der kirchlichen Rüstungsexportberichte

Ich möchte an dieser Stelle ein positives Beispiel nennen, die jährlich erscheinenden *Rüstungsexportberichte* als vorbildliches gemeinsames Projekt aus beiden Kirchen. Sie werden erstellt von einer Fachgruppe der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE). Hier wird der Finger wirklich auf Wunden gelegt. Die rot-grüne Regierung musste sich sagen lassen, dass im Widerspruch zu ihren eigenen Richtlinien die Exporte in Entwicklungsländer und Krisengebiete immer bedenklicher wurden. Einmal wurde die Grünen-Sprecherin Angelika Beer mit dem Ergebnis konfrontiert, dass ständig mehr deutsche Rüstungsgüter in den Nahen Osten fließen. Ihr fielen keine Argumente mehr ein, und sie verließ erbost vor laufender Kamera das Interview.
Nun werden die Ergebnisse der kirchlichen Rüstungsexportberichte von der Politik regelmäßig abgetan. Die katholische SPD-Bundestagsabgeordnete Karin Kortmann aus Düsseldorf beantwortete am 23.08. 2005 Hinweise auf den Bericht folgendermaßen: Da müsse man noch einiges im Gespräch

mit den Kirchen richtig stellen. Die einzigen beklagenswerten Befunde bezögen sich ja auch „nur [!!!] auf Kleinwaffen“.
Die erschreckenden Befunde müssen also nachdrücklicher und kirchenoffizieller benannt werden. Sie müssen, wenn die Berichte ernst gemeint sind, in jeder kirchlichen Friedensdenkschrift auftauchen. Niemand darf sich mit dem Hinweis herausreden, da sei ja nur eine kleine Arbeitsgruppe am Werk gewesen.

3. Das Zauberwort der „humanitären Intervention“

Jeder halbwegs vernünftige Mensch sollte nun in Kenntnis der Fakten meinen: „Es gibt in den reichen Staaten gegenwärtig kein handelndes >politisches Subjekt<, das glaubwürdig an einer Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen auf dem Globus arbeitet – soweit es die Ärmsten und ihre Regionen betrifft.“
Mit dem Zauberwort der *„humanitären Intervention“* ist es politisch jedoch gelungen, der öffentlichen – und zum Großteil auch der kirchlichen – Diskussion ein Hauptthema aufzuzwängen, das der militärischen Logik folgt und dem Westen unhinterfragt die Befähigung zu einem uneigennützigen Engagement unterstellt. Unterdessen wird die Liste der verweigerten nichtmilitärischen Hilfs- und Friedensmaßnahmen täglich länger. Das Massensterben in wirtschaftlich und strategisch „uninteressanten“ Regionen geht weiter. In Ruanda z.B. hätte man allein mit technischen Störmanövern die rassistischen Radioprogramme, die zur Gewalt aufstachelten, lahm legen können. Selbst dazu hat es am politischen Willen gemangelt.
Die Kirchen müssen klarstellen: Vorrangig ist über globale Gerechtigkeit, über die zivile Beseitigung von Kriegsursachen und auch über westliche Profite aus privatisierten Kriegen in armen Ländern zu sprechen. Schutzzonen für mögliche Völkermordopfer sind weder Hauptthema noch Ausgangspunkt einer modernen christlichen Friedensethik. Sie haben überdies mit *nationaler* Militärpolitik und nationalen Armeen rein gar nichts zu tun. Berechtigte Überlegungen auf dem noch gar nicht begonnenen Weg zu einem wirksamen *Polizeiinstrument* [!] der UNO und zu einem wirklichen Gewaltmonopol der Vereinten Nationen dürfen nicht als Argument für die Aufrüstung der reichen Erdregionen missbraucht werden. Wo in Wirklichkeit Hunger den eigentlichen Hintergrund für entsetzliches Massenmorden bildet, sollte niemand den sporadischen militärischen Aktionismus der reichen Macher auf dem Planeten als Lösung akzeptieren.
Vor allem müssen sich die Kirchen die diskutierten Schauplätze für Auslandseinsätze der deutschen Bundeswehr oder des europäischen Militärs genau anschauen. Im *Sudan* wollte Deutschland sich z.B. mit Blick auf Ambitionen für einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat profilieren. Im Sudan jedoch haben seit Jahrzehnten deutsche Maschinengewehre der Firma Heckler & Koch und – bis 1993 – deutsche Militärhilfe die Gewaltspirale immer wieder neu entfacht. Der Berliner Doktorand Roman Deckert hat sogar nachgewiesen, dass eine vom deutschen Staat unterhaltene Fabrik der bundeseigenen Firma „Fritz-Werner-Geisenheim“ vor Ort dafür sorgte, dass die Munition für die Heckler & Koch-Mordwaffen nicht ausging. Die Altlasten, G3-Gewehre in vielen Hütten des Sudans und in Kinderhänden, sind noch lange zu tragen. Innerhalb seiner noch bestehenden Landesgrenzen birgt der von Hunger geplagte Sudan Erdölressourcen, die international Begehrlichkeiten wecken. Im Rahmen der Erschließung und Schaffung von Infrastrukturen ist auch von Milliardenaufträgen an die deutsche Wirtschaft die Rede.
Im *Kongo*, dem jüngsten Auslandsprojekt der militärischen Planungen, betreiben westliche Konzerne Handel mit Kriegsparteien, die ihre Geschäfte problemlos über europäische Banken abwickeln. Besonders begehrt ist das für Handytelefone unersetzliche Colombo-Tantalit (Coltan) aus dem Kongo. Das Land gehört zu den rohstoffreichsten Regionen der Welt und genießt deshalb besondere Aufmerksamkeit der Europäer (bzw. Frankreichs, aber auch Deutschlands). Es gäbe mit Gewissheit tauglichere Instrumente, dem nach kolonialem und postkolonialem Raub danieder liegenden Kongo zu helfen, als militärische Spontanaktionen und die Präsenz weißer Soldaten am Ort. Auch die 20 (oder gar 64?) Millionen Euro für einen Auslandseinsatz der Bundeswehr ließen sich vor Ort in effektive friedensförderliche Projekte gut anlegen. Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann sagte am 3. April 2006 in der *Osnabrücker Zeitung*, der geplante Einsatz im Kongo solle vor allem zei-

gen, „dass Europas Sicherheitspolitik beginnt, handlungsfähig zu werden. [...] Dies ist der einzige entscheidende Grund für diesen Einsatz“.
Die Diagnose wachsamer Völkerrechtler lautet: Je selbstgewisser moralische *Ansprüche* vorgetragen und je lauter moralische *Ziele* (für andere, für Unterdrückte etc.) propagiert werden, desto näher sind wir bei der Auflösung des internationalen Rechts zugunsten der Gewaltmacht angelangt. Im globalen Maßstab tun sich auch Christen in Deutschland schwer damit, dass Menschen aus anderen Erdregionen uns und unser Land zur Welt der Täter rechnen. Begegnungen in der Weltökumene werden hoffentlich einen Lernprozess möglich machen, der uns allen und auch den amtlichen Kirchen zu einer neuen Sicht verhilft.

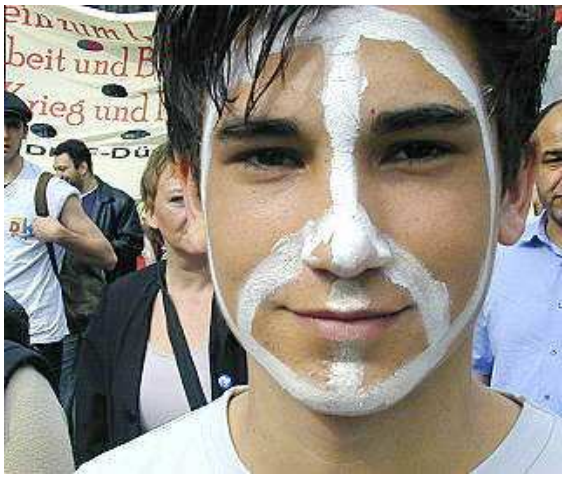
VI. Die Kirchen, der so genannte Antiterror-Krieg und der antiislamische Kulturkampf

Der im Grunde seit über zwanzig Jahren eingeleitete „Kulturkampf“ gegen den Islam verfolgt durchsichtige Ziele (*Bürger* 2005a, 433-505): Er lindert die Scham darüber, dass einst das abendländische Christentum allein über islamische Gelehrte wieder einen unzensierten Zugang zur griechischen Philosophie erhalten hat. Er verdeckt innerhalb der westlichen Länder und global den Widerspruch zwischen Arm und Reich. Er rechtfertigt in vielen Ländern einen menschenverachtenden Umgang mit Migranten. Er erhält durch die Installierung eines neuen Weltfeindes nach Ende des Kalten Krieges das Weltbild von Gut und Böse aufrecht, das zur Beibehaltung einer mit militärischer Stärke operierenden Weltordnungsideologie und zur innenpolitischen Legitimierung des militärisch-industriellen Komplexes in den USA unerlässlich ist. Er liefert den konservativen Volksparteien unter dem Stichwort „Leitkultur“ willkommenen Ersatz für verlorene „Werte“ und den Vorwand für eine aggressive Asylpolitik. Er befreit uns von einer Wahrnehmung des kriegerischen Charakters des „christlich geprägten Kulturkreises“ und von einer Wahrnehmung dessen, was Kolonialismus und Imperialismus in „unterentwickelten Regionen“ produziert haben und noch immer produzieren. Er streicht den Umstand, dass „bewaffnetes Gotteskämpfertum“ von Muslimen als Instrument vornehmlich von westlichen Geheimdiensten erfunden, approbiert und ausgestattet worden ist, aus unserem Gedächtnis. Er schädigt jene einflussreichen Zentren (z.B. Russland, Europa), die viel stärker als die USA in der Nähe auf eine friedliche Verständigung zwischen christlich geprägter und islamischer Kultur angewiesen sind. Er schwächt auf der Verliererseite des Globus eine der letzten kulturellen Identitäten, die dem allgemeinen Sieg des totalen Wirtschaftsliberalismus als bedeutsames Hindernis noch entgegenstehen und die einen Aufstand der Armen mittragen könnten. Er schwächt (vermeintlich) den Widerstand gegen jene autoritären und feudalen Regime innerhalb der islamischen Welt, die dem „Westen“ genehm sind. Er liefert den USA einen Freibrief dafür, die öl- bzw. energiereichsten Regionen auf der Erde mit Militärbasen unter Verteilungskontrolle zu bringen und Angriffe auf das Petrodollarsystem abzuwehren. ... Am Ende freilich könnten sich all diese Strategien als Bumerang erweisen.
Derweil funktioniert seit einem halben Jahrzehnt auch das Zusammenleben in unseren Städten nicht mehr richtig. Dem Zeitgeist nacheifernde Kulturmacher lenken – auch im Kino – den Blick auf türkische oder marokkanische „Jugendbanden“. Sie zeigen aber nicht die Wohnkasernen und Schulen, aus denen sich diese „Gangs“ rekrutieren. Sie fühlen auch nicht nach, welcher feindseligen Propaganda und Demütigung sich islamische Jugendliche auf der Verliererseite in unserer Gesellschaft allgegenwärtig ausgesetzt fühlen. Für Politiker, die keine Rechenschaft über die sozialen Verhältnisse im Land abgeben wollen, bietet sich ein willkommenes Thema. Sie forcieren lieber Debatten über Kopftücher als über die Arbeitslosenzahlen. Das ist albern, gefährlich und – wie Johannes Rau meinte – in der Konsequenz oft auch verfassungswidrig. ... Wenn wir hier nicht einlenken, werden die Gewaltszenarien aus Paris bei uns Nachfolge finden.
Nun sollte man meinen, die Kirchen starteten nach dem guten Vorbild von Johannes Paul II. innerhalb der laufenden UNO-Dekade „Kultur der Gewaltfreiheit“ und des Dialogs eine Bewegung für Freundschaft und Akzeptanz. Plakate, auf denen etwa eine Nonne und eine Araberin mit Kopftuch beieinander sitzen, sollte man erwarten oder einen Austausch über ermutigende Erfahrungen von Christen auf Reisen in islamischen Länder oder ästhetische Kulturprojekte über die überwältigenden Schönheiten des islamischen Kulturkreises oder sympathisierende Signale an Muslime, dass man die Kostbarkeit der Koranbotschaft verstanden hat und der islamischen Kultur auf dem Weg zu deren Verleiblichung allen Segen wünscht ... Weit ge-

fehlt! Kardinal Lehmann versagt – vielleicht aus Unachtsamkeit – 2006 Friedrich Merz bei der Aachener Ordensverleihung wider den tierischen Ernst nicht seinen Beifall. Der katholische Politiker Merz hatte zuvor türkischen Geflügelzüchtern unterstellt, sie würden lieber ihre Hühner als ihre Frauen behalten. EKD-Bischof Wolfgang Huber hat sich wiederholt mit islamkritischen Äußerungen profiliert, die als willkommene Unterstützung für das Kulturkampfparadigma gewertet werden konnten. (Man fragt sich kopfschüttelnd, wer damit bedient werden soll.) Gewarnt wird vor einer Kuschelökumene mit der dritten abrahamischen Religion. Zugearbeitet wird dem kollektiven Generalverdacht, indem man Spezialbekenntnisse von allen muslimischen Mitmenschen verlangt. (Vergleichbare Abgrenzungen gegenüber den Handlungen von „christlichen" Akteuren fehlen in diesem Zusammenhang.) In Rom hat es jüngst ein Gelehrtenkongress gar unternommen, die christlichen Kreuzzüge zu rehabilitieren.

Es gibt rühmliche Ausnahmen in beiden Großkirchen, darunter z.B. engagierte Dialogbeauftragte in den evangelischen Kirchen, das katholische Büro in Düsseldorf, einen Weihbischof in München oder den Kölner Interreligio-Cup 2006. Doch im Ganzen werden die gewalt- und kriegsförderlichen Dimensionen des gegenwärtigen „Kulturkampfes" noch nicht in ihrer Tragweite erkannt. Nach der jüngsten Heitmeyer-Studie „Deutsche Zustände" sind religiöse Bürger übrigens vorurteilsbeladener gegenüber Muslimen oder Juden als andere.

Für die Kirchen stellt sich gegenwärtig die traurige Aufgabe, zu alten Themen der „humanitären Kriegsführung" und der Achtung der Menschenrechte im Kontext des „Antiterror-Krieges" wieder neu Stellung beziehen zu müssen:

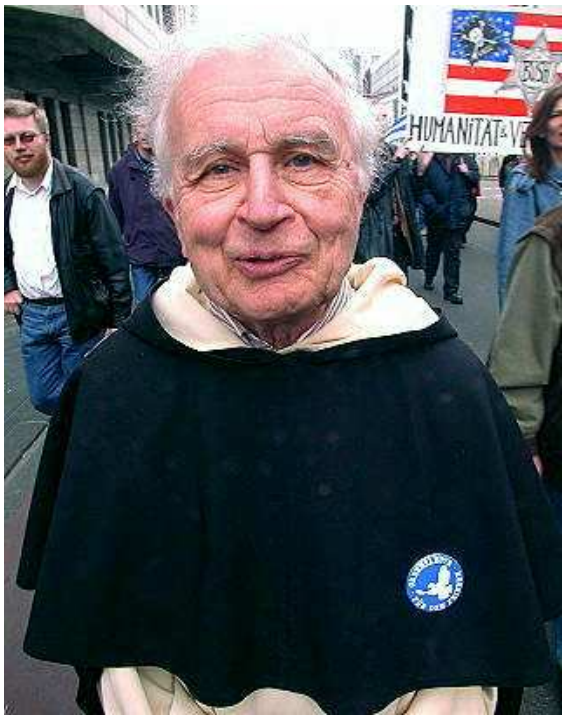


Die Annahme, die westliche Zivilisation habe christliche Werte in eine säkularisierte Humanität verwandelt und als beständiges Fundament übernommen, erweist sich als Illusion. – Nach den USA votiert nun auch der britische Militärminister John Reid für eine Revision der Genfer Konventionen von 1949 über die Behandlung von Kriegsgefangenen. Diese schränkten die „Handlungsfähigkeit der Staaten im Kampf gegen den Terror ein. Man habe es mit einem Feind zu tun, der sich selbst an keine Beschränkungen halte". (Der Standard, 4.4.2006) – Wie viel Grausamkeit, Folter und Krieg des Westens muss uns noch präsentiert werden, bis wir verstehen: *Das Feindbild „Islam" ist einfach notwendig, um den Abschied der so genannten christlichen „zivilisierten Welt" von vormals propagierten Idealen nicht allgemein bewusst werden zu lassen.*

Zudem erspart uns das Kreuzzugsbild vom gefährlich rückständigen „Muselmanen" den Blick auf ideologische Komponenten des westlichen Kapitalismus, der mit den Prinzipien einer dem Koran gemäßen Ökonomie in der Tat unvereinbar bleibt: Der „Neoliberalismus" selbst ist ein Fundamentalismus, der sich dem vernünftigen Diskurs entzieht. Ihm zur Seite steht im Zentrum USA eine *religiöse* Ideologie, die das geistesgeschichtliche Stadium der Aufklärung „übersprungen" bzw. nie zur Kenntnis genommen hat. Sie ist Systemstütze und – paradoxer Weise – zugleich eine von Angst provozierte Reaktion auf das von „abendländischen" Werten befreite, säkularistische Stadium des Kapitalismus. In Zeiten der Verunsicherung gewinnen aufklärungsfeindliche und sektiererische Ansätze im Christentum stetig an Einfluss.

Dass der religiöse Traditions- und Identitätsabbruch auch mit der Religion des totalen Marktes zusammenhängt, wird hier kaum bewusst. Die ehedem christliche Welt ist jedoch unterschwellig „neidisch", weil der alte Sternenhimmel über vielen islamischen Ländern noch nicht so große Risse und Dunkelheiten zeigt wie bei uns. Wie einflussreich könnte der islamische Kulturkreis werden, wenn ihm heute eine nachgeholte, „andere Aufklärung" ohne wirtschaftsliberalistische Ideologie gelänge? Eine solche Entwicklung aber will man offenbar mit allen Mitteln verhindern.

VII. Ausbleibende Klärungen: Theologie und „christliches Menschenbild"



Der christliche Kulturkreis hat in eineinhalb Jahrtausenden das Handwerk des Krieges und der Massenvernichtung zur höchsten Perfektion getrieben. Sein Überlegenheitsgefühl gegenüber anderen Kulturen hat in historischer Sicht nur wenige Argumente aufzuweisen. Das moderne totale Kriegführen ist nirgendwo anders als auf dem Boden der „christlich" geprägten Kultur entstanden. Gegenwärtig ist die „christliche Welt" – versehen mit dem Instrument eines christlichen Fundamentalismus – noch immer Hauptmotor der rasanten Remilitarisierung auf dem Globus. Soweit ich sehe, lässt sich die christliche Theologie von alldem nur wenig erschüttern.

In kirchlichen Denkschriften wird insbesondere ein verzerrtes Menschenbild der eigenen Tradition überhaupt nicht reflektiert. In der platten Vermittlung des *westlichen* Christentums erscheint der Mensch wie ein von Natur oder Geburt aus böses Wesen. Die Rede ist im Zusammenhang der Friedensdiskussion z.B. von einer „abgrundtiefen Bösartigkeit der menschlichen Natur" (*Pausch* 2005). Es wird nicht gefragt, unter welchen leibhaftigen und seelischen *Bedingungen* denn Menschen schön sein können oder hässlich werden. Das Bild des verderbten und madigen Menschen arbeitet den unterschiedlichen hobbistischen Ideologien des Krieges regelrecht zu. Diesen zufolge ist der Mensch per se ein Wesen, das zum gegenseitigen Kampf drängt. Er hat – unabhängig von einer externen oder von oben kommenden Sonderoffenbarung – keine natürlichen Begabungen zum Mitgefühl, zur Güte und zur Zusammenarbeit. Diesem tragenden Menschenbild der Kriegspropaganda – und des Kapitalismus – entsprechend lässt sich die Welt auch nur mit militärischer Logik und militärischen Instrumenten in Ordnung halten. Wenn Autoren kirchlicher Friedenstexte heute auf die biblisch durchschauten Gewaltpotenzen des Menschen zu sprechen kommen (Gen 6,5), müssen sie eine sorgfältige Abgrenzung zum Hobbismus vornehmen. Die ausgearbeitete Unterscheidung existentiell-individueller, anthropologischer, sozial-kultureller und zivilisatorischer Dimensionen gegenüber der gefährlichen Pauschalrede vom „bösen Menschen" ist unabdingbar. (vgl. Bürger 2005b, 145ff)

Insbesondere die fundamentalistische *Fixierung auf ein blutiges Kreuzesopfer* zur Sühne für die Sündigkeit der Menschenwelt ist in der Geschichte noch immer mit einem gewalttätigen Christentum einhergegangen. Zu erwarten ist deshalb, dass Friedensschriften heute auch die Geburtssymbole des Christentums aufgreifen, dass sie vom Frühling in Galiläa und ganz Israel erzählen, der mit Jesus anbrach, und dass sie die hoffnungsfrohen Visionen der Propheten Israels für die Völkerwelt wieder in den Vordergrund rücken. Das Kreuz ist hingegen auch als anhaltendes Geschick jener, die in unserer Zeit gegen Mächte des Todes in aktiver Gewaltfreiheit widerstehen, zu beklagen und zu betrauern.

Bei den schönen biblischen Grundlegungen in kirchlichen Verlautbarungen hat man oft den Eindruck, sie dienten vor allem als Alibi. Je länger sie ausfallen, desto weniger *Konkretes* muss man sagen. Gegenwärtig gäbe es indessen allen Anlass,

z.B. die Globalisierungsversion des babylonischen Turmbauprojektes und den biblisch grundgelegten Internationalismus der Vielfalt – die Globalisierung des Menschlichen also – ganz konkret gegenüberzustellen.

Eine *theologische Vermittlung von individueller Erlösungsbedürftigkeit und sozio-ökonomischen Dimensionen in Gesellschaft und Weltkultur* findet, soweit ich sehe, ebenfalls nicht überzeugend statt. – In Deutschland gibt es in dieser Frage ja eine schizophrene Tradition. Man beschwor immer wieder eine politische Abstinenz des Christlichen und die Beschränkung auf das Heil des Einzelnen, wandelte sich dann aber im Kriegsbedarfsfall zur vaterländisch-kaiserlichen Staatskirche. Beides konnte von den selben Theologen propagiert werden. – Gewiss gehört es zur christlichen Anschauung, dass sich die einzige wirkliche Revolution auf der Erde im menschlichen Herzen ereignet. (In dieser Frage kann z.B. auch ein Befreiungstheologe Schüler des tiefenpsychologisch ansetzenden und politisch unbeugsamen Theologen Eugen Drewermann sein.) Doch kein Mensch wird allein in die Einsamkeit seines Gewissens und seiner Seelentiefen oder als isoliertes Gegenüber zu je „seinem Gott“ geboren. Wie wir unser Leben gestalten, was wir als gut erachten und welche Orientierung uns wertvoll ist, das lernen wir in lebendigen Sozialräumen und in der Atemluft der jeweils vorherrschenden Kultur.

Wenn individuelle Seelenstrukturen der Angst, Gier und Zerstörung – und die ihnen entsprechenden Angststrategien der Besitzsicherung, Machtausübung und Gewaltstärke – sich in totale Weltstrukturen veräußern und kulturell dominant werden, dann muss auch theologisch beides zusammen bedacht werden. Neutestamentliche Zeugnisse, die wie der Jakobusbrief (EKiR 2005, 20) den Zusammenhang mit der hebräischen Bibel besonders wahren, und solche, die ausdrücklich unter den Bedrängnissen einer imperialen Weltordnung entstanden sind, könnten hierbei neu gelesen werden.

Zu allem Überdruss gibt es schließlich Sozialethiker auf theologischen Lehrstühlen, die ausdrücklich die *Lehre vom gerechten Krieg* rehabilitieren möchten. (vgl. kritisch dazu: *Huber* 2005) Diese Ideologie hat sich in den USA – ungebrochen auch nach mehreren Millionen toten Zivilisten im „Vietnamkrieg“ – ohnehin seit Anfang des 20. Jahrhunderts als staatstragende Säule gehalten. (An dieser Stelle rühmen sich einige Kirchenleute schon, wenn sie rhetorisch am neuen Leitbildbegriff des „gerechten Friedens“ festhalten.) Im Horizont der Ökumene ist der Abschied von jeglicher Kriegstheologie längst eine Bekenntnisfrage. Soeben hat die 9. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Porto Alegre (Brasilien) sich verpflichtet, „Geist, Logik und Ausübung von Gewalt (zu) überwinden und auf jede theologische Rechtfertigung von Gewalt (zu) verzichten.“

VIII. Kriegsförderliche Massenkultur, militaristische Utopien und Atomwaffen

Mit einem umfassenden Verständnis von Rüstung sind in kirchlichen Friedensschriften neben Massenvernichtungswaffen ebenfalls die Werbung für das Programm Krieg in der Massenkultur und totalitäre Machbarkeitsutopien aus dem Bereich der „militärtechnologischen Revolution“ zu bedenken. Das ist bislang noch überhaupt nicht geschehen. Bezogen auf radioaktive Munition (Urangeschosse), die rapide Entwicklung einer neuen Atomwaffengeneration („Minibomben“), die deutsche Nuklearteilhabe sowie die deutsche Produktionsbeteiligung bei und staatliche Bereitstellung von geächteten Kriegsmitteln (Streubomben etc.) müssen endlich klare Positionen bezogen werden.

1. Massenmedien und Massenkultur als Grundlage der militärischen Aufrüstung

Paradoxer Weise fördert das Kommunikationszeitalter unter den Bedingungen der freien Ellenbogenwirtschaft nicht Verständigung und Zusammenarbeit, sondern Konkurrenz. Von einer demokratisierten Medienwelt und Teilhabe aller Erdregionen sind wir weit entfernt. Nie zuvor in der Geschichte war die öffentliche Bilderwelt der Medien und „Unterhaltungsprodukte“ so sehr vom Kriegerischen bestimmt wie in unserer Zeit. Zur Kriegsführung gehören heute aufwendige PR-Strategien und Informationsoperationen, mit denen die so genannte „Wahrheit“ auf dem Bildschirm kontrolliert wird. Rüstungsproduzenten und Militär sitzen inzwischen – auch in Deutschland – bei immer mehr PC-Spielprodukten, TV-Beiträgen und Spielfilmproduktionen über Krieg mit im Boot. (Diese Beteiligung bleibt dem Verbraucher meistens unbekannt.) Keineswegs ist das besonders Grausame oder Blutige das Schlimmste an den Filmen und Computerspielen, obwohl Eltern und Lehrer auch mit den Folgen dieser Aspekte konfrontiert werden. Viel schlimmer sind mit Blick auf eine langfristig wirkende Kriegspropaganda die *Illusion vom sauberen Krieg* in den Computersimulationen und die im Hintergrund der Unterhaltungsprodukte eingebauten „politischen Drehbücher.“

Der ultrakonservative Kardinal Ottaviani, ein Gegner der allgemeinen Wehrpflicht, hat sich vor einem halben Jahrhundert, entsetzt vom Schrecken des letzten Weltkrieges, Gedanken über eine öffentliche Erziehung zum Frieden gemacht. *Heute wäre von den Kirchen zu erwarten, dass sie den massenkulturellen Kriegskomplex der Informations- und Unterhaltungsmedien – in der Hand weniger Medienkonzerne – endlich als herausragende Säule der Aufrüstung zum Krieg wahrnehmen*. Ich habe das Phänomen in meiner umfangreichen Studie „Kino der Angst“ untersucht und praktikable medienpolitischen Perspektiven vorgelegt. (*Bürger* 2005a) Entsprechende Anregungen sind auch an kirchliche Stellen gegangen. Bis heute gab es – abgesehen von einer sehr positiven Rezension im katholischen Filmdienst – leider noch keine Reaktionen.

2. Die gefährliche Utopie der militärtechnologischen Revolution

Nach Hiroshima und Nagasaki zeitigte die völlige Uninformiertheit der kirchlichen Welt hinsichtlich neuer Waffentechnologien zunächst eine fatale Ratlosigkeit. Helmut Gollwitzer sagte 1957: „Hiroshima und Nagasaki wurden unter Begleitung christlicher Gebete zerstört, weil in der Kirche nicht rechtzeitig vorher die Prüfung der kriegstechnischen Möglichkeiten unseres Jahrhunderts vorgenommen worden war, sondern man bei jeder neuen Waffe unbesehen weiter rezitiert hatte, was die Väter einmal zu den Waffen ihrer längst vergangenen Zeit geglaubt hatten sagen zu müssen.“

Gegenwärtig droht die Ökumene von einer viel komplexeren und rasanteren Militärrevolution überrannt zu werden. Futuristische Technologie gibt den Visionären einer unverwundbaren Allmacht und Allwissenheit den ultimativen Kick: Bei Cyberwar-Szenarien mit Operationszielen am anderen Ende der Erde, ferngesteuerten Waffen, unbemannten Flugzeugen und Roboterfahrzeugen geht es längst nicht mehr nur um Computersimulationen. Die seit Jahrzehnten durch zigtausendfache Tode als Lüge entlarvte Propaganda zu Präzisionswaffen, die „Krebsgeschwüre“ chirurgisch entfernen und „heiles Zivilistengewebe“ unangetastet lassen, wird erweitert durch „nicht-tödliche“ Zukunftswaffen nach Star-Trek-Art mit hochleistungsfähigen Lasern und Plasmastrahlungen, die jeden Antikriegsprotest zum Verstummen bringen. („Nicht tödlich“ werden in diesem Zusammenhang auch Waffen genannt, die in etwa 25 Prozent aller Fälle eben doch tödlich sind.) „Zur Strategischen Verteidigungsinitiative, bekannt geworden unter dem Namen Star Wars, gehören nicht nur der umstrittene >Raketenschild<, sondern auch eine große Bandbreite offensiver lasergelenkter Waffen, die überall auf der Welt zuschlagen könnten, und außerdem Instrumente der Wetter- und Klimakriegsführung, die im Rahmen des High Altitude Auroral Research Program (HAARP) entwickelt wurden.“ (Chossudovsky) Das FALCON-Programm des Pentagon zielt auf Hyperschall-Marschflugkörper mit globaler Reichweite, die von den USA aus jedes Ziel auf unserem Planeten blitzschnell erreichen können. Antoine de Saint-Exupéry schrieb 1946 folgende Szene: *„Ich besitze die Sterne, da niemand vor mir daran gedacht hat, sie zu besitzen.“ „Das ist wahr“, sagte der kleine Prinz. „Und was machst du damit?“* Heute antwortet US-General Franklin Blaisdell: *„Wir müssen den Weltraum beherrschen, weil es sehr schwierig sein würde, einen Krieg ohne unsere Weltraummittel und die Möglichkeiten, die sie uns bieten, zu führen.“*

Der gegen Strahlen immunisierte „Universal Soldier“ wandert aus dem Kino heraus ins Schlachtfeld. Er ist mit Wunderdrogen und künstlichen Intelligenzchips ausgestattet, unangreifbar und psychisch steuerbar. (Ausdrücklich befürwortet Andrew Marshall, seit den 90ern Guru der technologischen „Revolution in Military Affairs/RMA“ in den USA, verhaltensmodifizierende Drogen bzw. „biotechnisch veränderte Soldaten“.) Die „netzwerkzentrierte Kriegsführung“ (NCW) soll auf dem komplexen Kriegsschauplatz Chaos und Zufälligkeit „durch genügend Sensoren, Netzwerke und intelligente Waffen“ (Davis) eliminieren. Eine satellitengesteuerte Omnipräsenz und Omnipotenz gilt als das Höchste der Gefühle. Durch perfekte Datenvernetzung ersetzt der Laptop, flankiert von Laserkennzeichnern, gigantische Einsatzzentralen. (Die eigene Computersicherheit geht selbstverständlich einher mit grenzenlosen Cyberwar-Fähigkeiten.) Riesige Datenmengen treten an die Stelle politischer Entscheidungsprozesse. Die Delegation menschlicher Verantwortung an den unbeseelten Apparat hat System: Ausdrücklich soll die Militärtechnologie immer mehr „eigenständige Befugnisse“ (autonome Reaktionsmuster) erhalten.

Hier schlägt infantile Technikfaszination um in eine *totalitäre Militärutopie des Kriegsspiels*. Die Totalität der Atombombe wird durch all diese Entwicklungen in die Totalität einer bis ins Universum rei-

chenden, alles umfassenden Kontroll- und Einsatzpotenz ersetzt. Die futuristischen Wahnvorstellungen führen bei Politikern und Militärs zu einem gefährlichen Realitätsverlust. Da die Potenzen der modernen elektronischen Kriegsmaschine – abgesehen von ihrer vorbereitenden Bewerbung durch die Unterhaltungsindustrie – weithin unsichtbar bleiben und als etwas nur „Virtuelles“ erscheinen, verfestigt sich das anonymisierte, spielerische und sterile Bild vom modernen Krieg. Wie blutig das saubere Kriegshandwerk der Zukunft wirklich ist, kann die menschliche Gesellschaft nicht mehr nachvollziehen. Der Kurs einer weiteren „Revolutionierung“ des Kriegsführens ist von einer tiefen Paranoia durchdrungen, die großes Unheil auf der Erde anrichtet. Dringlich sind gegenwärtig auch in den Kirchen ein klares Verständnis für die Ausmaße moderner Waffentechnologie und ein Bewusstsein für die kurze Frist, in der vielleicht noch eine neue Weichenstellung möglich ist.

3. Wie die deutschen Kirchen sich bislang mit dem atomaren Schreckenssystem arrangieren

Die Sternstunden und Niederungen der kirchlichen Atomdebatte habe ich in einem eigenen Buch dargestellt (*Bürger* 2005b). In keiner Frage ist der Konsens der christlichen Weltökumene so einhellig wie in der *Atomwaffenfrage*. Karl Rahner resümierte: „Die Zündung einer Atombombe durch einen katholischen Christen ist objektiv schwere Sünde, und zwar in jedem Fall [...] Eine solche Zündung darf auch dann nicht getan werden, wenn die Verweigerung einem das Leben kostet.“ 1998 haben 40 katholische US-Bischöfe auf die Ächtung der Atomwaffen durch den Internationalen Gerichtshof (1996) reagiert und die aggressive Atomwaffenpolitik ihres Landes scharf verurteilt. Sie waren empört darüber, dass trotz Wegfall der vormals beschworenen „kommunistischen Weltgefahr“ ein für die ganze Erde bedrohliches und unendlich kostspieliges System aufrechterhalten wird. Sie waren empört über Erstschlagdrohungen und über die Einbindung von Atomwaffen in eine Doktrin der nationalen Interessenssicherung.

Im Vergleich dazu waren die letzten Stellungnahmen der *deutschen* Kirchenleitungen geradezu skandalös (*ebd*., 125-129); sie bewegten sich relativ unbekümmert im Rahmen der hierzulande althergebrachten Fristenvertröstungen: Man sah ein Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Krieg noch immer nicht die Notwendigkeit, Neues zu sagen. (So die Deutschen Bischöfe – trotz ihren Eskapaden zwischen 1957 und den 1980er Jahren – im ansonsten durchaus viel versprechenden Hirtenwort „Gerechter Frieden“ von 2000.) Deutlicher kann man hinsichtlich der Zeichen der Zeit die eigene Ignoranz bzw. Unkenntnis der Sachlage wohl kaum zum Ausdruck bringen. Auf evangelischer Seite wollte man, so das EKD-Papier „Schritte auf dem Weg des Friedens“ (1993/2001), der vergangenen nuklearen Abschreckung in Europa sogar „politische Wirksamkeit“ unterstellen! Man kam den mutwilligen oder resignierten Politikern sehr entgegen und spekulierte in dieser Stellungnahme, es werde *„eine vollständige atomare Abrüstung vermutlich niemals gelingen.“* NATO-Erstschlagsoption, europäische Nuklearpolitik und Atomsprengköpfe auf deutschen Stützpunkten wurden nicht kritisch qualifiziert. Die „Bereitschaftserklärungen zum Atomwaffeneinsatz“ des britischen Verteidigungsministers (2003) und jüngst (2006) – besonders unverhohlen – des französischen Präsidenten sowie die Propaganda zur neuen Generation von „Mini-Atombomben“ zeigen jedoch, wie dringend notwendig in diesen Fragen Klartext wäre! Es scheint aber: Je näher wir der Möglichkeit eines realen Atomwaffeneinsatzes kommen, desto schläfriger wird man in den Amtsstuben der Kirchen. Wie deutlich sollen z.B. europäische Politiker noch werden, bis man sich aufregt?

Bis heute sind – je nach Quellenlage – 50 bis 150 Nuklearsprengköpfe von mehrfacher „Hiroshima-Stärke“ in der Bundesrepublik (Büchel, Ramstein) stationiert. Unsere Regierung verweigert der Bevölkerung und Parlamentariern dazu jede Zahlenangabe. Nach einer mündlichen Antwort von Peter Struck (SPD) auf einer Düsseldorfer Veranstaltung am 23. August 2005 haben Bürger der Bundesrepublik kein Recht, hierüber Zuverlässiges zu erfahren. Auf dieser Veranstaltung erklärte Struck als damaliger Minister für das Militärressort auch, ihm seien beim 20-Milliarden-Projekt „Eurofighter“ aufgrund juristisch bindender Vertragsverpflichtungen die Hände gebunden. Nicht Stellung nehmen wollte er zu anderen juristischen Verbindlichkeiten, die von Anwesenden vorgetragen wurden: Seit 1970 ist die Bundesrepublik vertraglich die Verpflichtung eingegangen, Atomwaffen von niemandem mittelbar oder unmittelbar entgegenzunehmen. Auch die Genfer Zusatzprotokolle von 1977 schließen die „Nutzbarmachung der Nuklearwaffe als Kriegsführungsinstrument aus“ (*EKiR* 2005, 25). Das Atomwaffengutachten des IGH von 1996 ist durch die Bestimmungen des Grundgesetzes über die Geltung des Völkerrechts in Deutschland ebenfalls rechtlich bindend. Doch deutsche Soldaten trainieren nach

wie vor für den *Einsatz* der hier stationierten Atomwaffen. Die Atomwaffen-Teilhabe unseres Landes hat keinen militärischen, sondern einen politischen Zweck: Auch unser Land soll offen den Internationalen Gerichtshof der UNO verhöhnen, der 1996 die Drohung mit und den Einsatz von Atomwaffen für generell völkerrechtswidrig erklärt hat. (So wird der Weg bereitet für den Einsatz einer neuen Atomwaffengeneration im Rahmen „konventioneller“ Kriege.) Einige Politiker halten es darüber hinaus vielleicht für erwünscht, Deutschland selbst zur Atommacht zu machen. Für diese Option wäre die bestehende nukleare Teilhabe der günstigste Ausgangspunkt.
Durch NATO-Mitgliedschaft beteiligen wir uns an einer aggressiven Nuklear-Doktrin, wie sie die christliche Ökumene im Einklang mit dem IGH für ein Verbrechen erklärt hat. Auch Europa geniert sich unter deutscher Zustimmung nicht, den Zweck britischer und französischer Atombomben so zu benennen: „Wir haben uns nicht gescheut, auch Szenarien zu präsentieren, in denen die nationalen *Nuklearstreitkräfte* explizit oder implizit mit einbezogen werden.“ (European Defence Paper, Mai 2004) Während es in Belgien zu einer Initiative des Parlaments gekommen ist, hat die rotgrüne Regierung – von frommen Bekundungen abgesehen – nichts getan, um Deutschland völkerrechtsgemäß atomwaffenfrei zu machen. Hauptargument: Man wolle US-Amerika nicht verärgern. In Wirklichkeit aber stehen auch SPD-Politiker, die heute der Großen Koalition angehören, hinter der nuklearen Teilhabe. Noch im Februar 2004 bekannte sich Walter Kolbow (SPD), Staatssekretär im Verteidigungsministerium, in einem Schreiben an die Friedensbewegung zur „Stationierung von verbündeten Nuklearstreitkräften auf deutschem Boden“ sowie zur „Bereitstellung von Trägermitteln“ durch die Bundeswehr.

Vielleicht kennen einige Leser die Stellungnahme „Zwei Generationen nach dem Tag vor Hiroshima“ des EKD-Ratsvorsitzenden Wolfgang Huber vom 6. August 2005. Dies ist ein deutliches und auch sehr persönliches Wort gegen den atomaren Wahnsinn. Das Fortbestehen des nuklearen Damoklesschwertes wird trefflich auf den Punkt gebracht. Sogar einige Depots der Atommächte werden näher beschrieben. Die nukleare Teilhabe Deutschlands aber, das Konfliktthema in *unserem* Land, ist wieder mit keinem Wort erwähnt! Aufmerksam sollte verfolgt werden, welche Passagen die für 2007 erwartete neue EKD-Friedensdenkschrift in dieser Sache enthalten wird. – Das größte Defizit in kirchlichen Stellungnahmen zum Thema bezieht sich auf die Propaganda zu zielgenauen, „unterscheidungsfähigen“ und begrenzt einsetzbaren *neuen Atombomben*. Wenn hier Versäumnisse nicht eilig aufgearbeitet werden, könnte es sein, dass Verlautbarungen zu neuen Atomwaffengenerationen erst dann erfolgen, wenn diese ihrer ausdrücklichen Bestimmung gemäß bereits eingesetzt worden sind.

Nur durch Zufall erfuhr übrigens die deutsche Öffentlichkeit, dass die Bundeswehr ebenfalls *Streubomben* – eine der menschenverachtendsten Waffenarten – in ihren Depots bereithält. (Hersteller sind ebenfalls in Deutschland angesiedelt. Das bescheidene deutsche Minenräumprogramm wurde 2006 von 18 auf 12 Millionen Euro gekürzt.) Die amtlichen Kirchen haben, so weit ich sehe, auch diesen Kasus nicht nachdrücklich aufgegriffen. Zu erwarten wäre nach dem begrüßenswerten Votum des katholischen Politikers Wolfgang Thierse, dass sie Rechenschaft von christlichen Politikern in dieser Sache einfordern. Kompromisslos fordert z.B. die österreichische „Arbeitsgemeinschaft Christen-

tum und Sozialdemokratie“ 2006 „die Verwirklichung der Resolution des Europäischen Parlaments vom Oktober 2004, die für ein *sofortiges* Verbot der Verwendung, Lagerung, des Transports und Exports von Splitterbomben eintritt, bis ein internationales Abkommen ... ausgehandelt ist.“ (ACUS)

Schließlich sind die Kirchenleitungen es den zivilen und den Armeen angehörenden Opfern der seit den 1990er Jahren in NATO- und US-Kriegen eingesetzten *Urangeschosse* schuldig, diese inzwischen gewohnheitsmäßig verwendete radioaktive Waffenart nicht nur mit einem Nebensatz zu behandeln.

4. Nachtrag: Die so genannte Irankrise

Aktuell sehen wir am Beispiel der so genannten Irankrise erneut, wie Kriege massenkulturell vorbereitet werden (*Kooperation für den Frieden* 2006; *Ronnefeldt* 2006): Ein ganzes Medienheer betet bedenkenlos die offiziellen Parolen über eine akute iranische Atomwaffengefahr nach. Derzeit kann nicht ausgeschlossen werden, dass Europa und Deutschland diesmal bei einem Militärschlag gegen den Iran auch offiziell an der Seite der USA stehen. Die europäische Diplomatie zur Sache weist nach Darstellung von Clemens Ronnefeldt, Friedensreferent beim Internationalen Versöhnungsbund (deutsche Sektion), zahlreiche Versäumnisse, Scheinangebote und Mutwilligkeiten auf. Die immer weniger verhüllten Kriegsandrohungen – auch aus Berlin – tragen nicht gerade zur Deeskalation bei. Neben der Währungsschlacht um den „Öldollar“ geht es auch um *Verteilungskontrolle* über den Energieressourcengürtel von Afghanistan über Irak bis hin zum Iran. Aufgrund der US-Strategie „militärische Vormacht im Nahen Osten“ explodieren Tag für Tag neue Pulverfässer. Europa sieht dennoch keinen Grund, endlich einzulenken.

Man kann die Atomreaktorpläne des Irans und auch die – fast durchgehend *verzerrt* zitierten – Äußerungen der iranischen Staatsführung über Israel nur tief bedauern. Bezogen auf seine Pläne zur zivilen Nutzung der Kernenergie bewegt sich der Iran allerdings ganz im Rahmen internationaler Vereinbarungen. Der UN-Sicherheitsrat, dessen Prozedere vor allem die USA mit der „militärischen Option“ versehen, soll dem Land international verbürgte Rechte (Anreicherung von Uran zu zivilen Zwecken) vollständig streitig machen. Sachgerecht wäre jedoch nur eine Sichtweise, die für alle Länder *unterschiedslos* den Zusammenhang zwischen der gefährlichen zivilen und der global bedrohlichen militärischen Nukleartechnologie offen legt.

Begehrlichkeiten bezogen auf eigene Atomwaffen sind nicht zuletzt durch die neue Wildwest-Praxis der Präventivkriege entlang einer „Achse des Bösen“, durch die Nukleardoktrinen der USA und Europas und durch die westliche Entwicklung neuer Atomwaffentypen hervorgerufen worden. Speziell von iranischen Atombomben kann in naher Zukunft keine Rede sein. Die einzigen gefährlichen Atomwaffen in der islamischen Welt gibt es derzeit beim US-Partner Pakistan. Im Nahen Osten, der vernünftiger Weise eine atomwaffenfreie Zone sein sollte, richtet allein Israel hunderte Atomsprengköpfe auf seine Nachbarn. Trotz jahrelanger Angstpropaganda zu schmutzigen Bomben sind die einzigen potentiellen Atomwaffen in der Reichweite von Terroristen derzeit unsere zivilen Atomkraftwerke, die sich bei Anschlägen in Todesbomben verwandeln können. Würden die Kriterien der Irandebatte auf unser eigenes Land und seine real bestehende – gegen Völkerrecht und „Atomwaffensperrvertrag“ verstoßende – nukleare Teilhabe angewandt, so müsste man einen Militärschlag gegen Deutschland gutheißen! (Der Iran beabsichtigt nach Beweislage nur eine ihm rechtlich zustehende „Urananreicherung“ zu zivilen Zwecken. Bei uns sind hingegen – abgesehen von „waffenfähiger“ Urananreicherung in Gronau – fertige Atombomben stationiert, für deren Einsatz die Bundeswehr trainiert.)

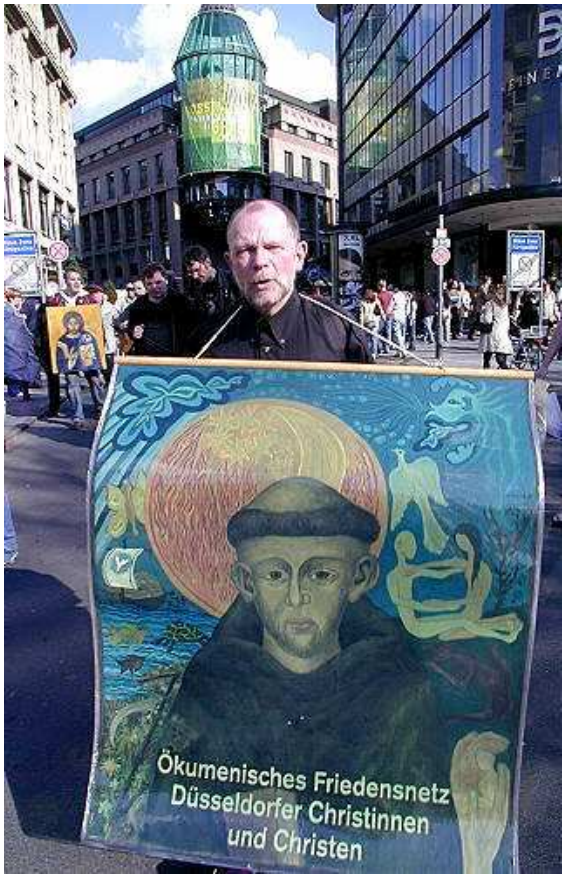
Die Absurditäten der aktuellen Argumentationen sind Legion. Das Vorgehen der USA und Europas gibt auf Schritt und Tritt Anlass, an Minimalregeln der friedensförderlichen Kommunikation zu erinnern. (Man gibt vor, zu verhandeln. Gleichzeitig wird im April 2006 bekannt, dass die US-Vorbereitungen für einen Militärschlag längst angelaufen sind. Die *nukleare* Option ist dabei nicht ausgeschlossen.) Im Übrigen: Die einstmals günstigen Aussichten für einen gewaltfreien Wandel im Iran hat erst das System des unbefristeten Antiterror-Krieges zunichte gemacht.

IX. Die Friedenspraxis der Kirchen als Zeugnis der Glaubwürdigkeit

Aus den evangelischen Landeskirchen, katholischen Bistümern und ökumenischen Netzen ließen sich zahlreiche glaubwürdige Friedenszeugnisse anführen. Auch die kirchenamtlichen Texte weisen ihrer Tendenz nach in eine neue Richtung, die hoffnungsvoll werden könnte. In der Friedensfrage, so möchte ich als Fazit meiner Ausführungen dennoch festhalten, sind die deutschen Großkirchen bzw. Kirchenleitungen maßlos staatstreu. Sie scheuen die Auseinandersetzung und bleiben z.B. weit hinter dem Mut mehrerer US-Kirchen zurück. Die *Substanz* ihrer Stellungnahmen entspricht nicht dem von den DDR-Kirchen übernommenen Leitbild des gerechten Friedens. Die Konsensbildung der Weltkirche bzw. der Ökumene wird im eigenen Land und gegenüber der eigenen Regierung nicht wirklich zum Ausdruck gebracht.

Man will, so lese ich treffend in einem Beitrag aus den Reihen der EKD, „nicht bevormundend sein“ und „zu irenischer Praxis auf allen Ebenen“ einladen. Man sollte lieber zum offenen Widerspruch einladen und – gelegen oder ungelegen – den Einfluss der Volksparteifunktionäre in den eigenen Reihen zurechtstutzen. Dafür ist es höchste Zeit. Sollten sich die deutschen Kirchenleitungen der angelaufenen Militarisierung in Deutschland und Europa nicht entgegenstellen, so wäre das ein trauriger Beleg dafür, dass Fromme im beamteten Kirchenapparat viel weniger Stimme haben als parteifromme Pragmatiker.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, meinte vor zweitausend Jahren Jesus von Nazareth. Sind die erkennbaren Früchte der kirchlichen Friedensbekundungen wirklich überzeugend? Werner Schultze schreibt z.B. in der Zeitschrift „Zivil“ (4/2005, 22): „Der EKD-Haushaltsplan für das Jahr 2005 weist Ausgaben für die Seelsorge in der Bundeswehr in Höhe von 11,3 Millionen aus. Die finanzielle Förderung der >vorrangigen Option< der Gewaltfreiheit beträgt dagegen inklusive der Seelsorge an Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden – nur 1,25 Mio. Euro. Für Friedensarbeit wendet die EKD also lediglich rund 11 % der im Haushalt ausgewiesenen Ausgaben für die Ausgaben für die Seelsorge an Soldaten auf. Allein für die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit der evangelischen Militärseelsorge stehen mit 3,84 Mio. Euro etwa dreimal so viel Mittel zur Verfügung wie für die gesamte Friedensarbeit.“ Die Relationen im katholischen Raum sind vermutlich kaum anders. Ich halte es für legitim, Bundeshaushalt und Kirchenhaushalte gleichermaßen auch anhand der unterschiedlichen Budgets auf ihre Glaubwürdigkeit hin zu befragen. – Natürlich sind brauchbare Prüfsteine für die Kirchen nicht allein oder vorrangig finanzieller Art. Bonhoeffer kritisierte den Primat der „Selbsterhaltung“. Wie breit macht sich das Selbstzweckliche heute? Finden in unseren Kirchen Gespräche statt zwischen den Alten, die Kriegsleid erfahren haben, und den Jungen, die über elektronische Medien virtuelle Szenarien von „sauberen Kriegen“ zur Bespaßung konsumieren? Werden Friedensgruppen oder Initiativen für eine gerechtere Weltwirtschaft vor Ort freundschaftlich aufgenommen und unterstützt, oder werden sie als suspekte Organisationen behandelt?



Welchem Tenor folgen unsere Friedensgebete? Kriege sind keine Naturereignisse oder Naturkatastrophen. Christen sollten deshalb heute auch nicht mehr Friedensgebete nach dem Muster der alten Bittgesänge auf Feld- und Wetterprozessionen abhalten. Dergleichen ist Gotteslästerung. Nötig sind Friedensgebete, die Gott, den gewaltfrei Großen und Kleinen, loben, die die Kriegsursachen und Kriegsverursacher beim Namen nennen und die uns selbst zum Widerstehen ermutigen.

Vor allem brauchen wir also neben den überfälligen Voten unserer Kirchenleitungen eine neue aktive *Friedenspraxis* in den Amtskirchen, die bislang die Friedensfrage eher als Betätigungsfeld der „Laien" oder spezieller Aktionsgruppen betrachten. Christen, die gewaltfrei gegen Atomsprengköpfe in unserem Land Widerstand leisten und dafür ins Gefängnis gehen, und Gemeinden, die Asylsuchenden und anderen Migranten gemäß ältester Glaubenspraxis Unterschlupf gewähren, müssen Rückhalt durch die gesamte Kirche erfahren. Vorbild könnten die Kirchen in der ehemaligen DDR sein, die ein Raum des Widerstehens waren – und keineswegs bloße Raumvermieter an oppositionelle Gruppen. Darüber hinaus sollte die enorme Bereitschaft innerhalb der Gesamtbevölkerung, etwas für den nahen und weltweiten Frieden zu tun, von den Kirchen als gesellschaftlicher Reichtum erkannt werden.

Kirchliche Bekenntnisse zur UNO oder Völkergemeinschaft sind wertlos, solange in unseren Gemeinden keine entsprechenden *Symbole für die Einheit der Menschheit* zu sehen sind. Schüler in Heidelberg machen es den Kirchen vor, wie man über bloße Lippenbekenntnisse hinausgehen kann. An der bis 2010 laufenden UNO-Dekade für eine Kultur der Gewaltfreiheit mangelt es in Deutschland sehr an Beteiligung. Die kommerzielle Medienszene fühlt sich nicht berufen, das Anliegen vor Ort bekannt zu machen. Wer, wenn nicht auch Christen in den Kirchen, Städten und im ganzen Land, sollte hier einspringen?

Zwölf Prüfsteine für amtskirchliche Friedensverlautbarungen

Die Ausgangsfrage der folgenden „Prüfsteine“ lautet: Entspricht die *Substanz* friedensethischer Stellungnahmen in unseren Kirchen dem von den Christinnen & Christen der ehemaligen DDR übernommenen Leitbegriff des gerechten Friedens und der jahrzehntelangen Konsensbildung der weltweiten Ökumene?

1. Wird der der zentrale *Zusammenhang zwischen Weltwirtschaftsordnung, Militarisierung und Krieg* in den Mittelpunkt gerückt? Fällt der Blick auf die reichen Zentren der Erde, zu denen wir gehören? Werden diese – mit den Augen der Armen – als Welt der Täter gesehen?
2. Wird die *christliche Gewaltfreiheit der ersten drei Jahrhunderte* sachgerecht mit ihrem Anliegen erinnert oder als „kultisches Tabu“ verharmlost bzw. verschleiert? Wird an die blutige Verfolgung christlicher Pazifisten durch die „konstantinischen“ Kirchen erinnert? Werden die staatskirchlichen Verdammungen gegenüber den Friedenskirchen (Confessio Augustana 16) endlich zurückgenommen? Wird der oftmals hochmütige Ton gegenüber heutigen Pazifisten unter den Getauften überwunden? Wird das von Gandhi und Martin Luther King weiter entwickelte Konzept der aktiven Gewaltfreiheit als Perspektive ernst genommen?
3. Thematisieren die beiden amtlichen Großkirchen in Deutschland, dass sie in *zwei Weltkriegen vor allem Kriegstheologie und aktive Kriegsunterstützung* betrieben haben? Werden die Befunde dem historischen Forschungsstand entsprechend deutlich zum Ausdruck gebracht? Wird diese geschichtliche Selbstwahrnehmung als Ausgangspunkt und Herausforderung für die *gegenwärtige* Haltung der deutschen Kirchen begriffen? Wird gegenüber den Tendenzen zu einem „neuen Patriotismus“ in Deutschland konsequent der Standort der Weltkirche bzw. der ganzen Ökumene eingenommen?
4. Wenden sich Friedensworte der Kirchen hierzulande vornehmlich an die *deutsche Politik als Adressaten* oder verlieren sie sich in globalen Lagebeschreibungen? Wie stehen sie zu den Themen der nahen Verantwortung, z.B.: zum sicherheitspolitischen Programmwechsel innerhalb der deutschen Parteien; zu westlichen Militärdoktrinen und „Sicherheitsdefinitionen“, in denen ökonomische Planungen (Märkte, Handel, Rohstoffinteressen, Energieversorgung) sowie die Abwehr von Migranten aus armen Ländern als ausdrückliche Zielbestimmungen auftauchen; zur Vernebelung der Bestimmungen des Grundgesetzes durch eine ausufernde Sicherheitsideologie und einen ins Grenzenlose ausgeweiteten „Verteidigungsbegriff“; zu den letzten Kriegen mit deutscher Beteiligung; zur gegenwärtigen Europa-Architektur (EU-Verfassungsvertrag), die eine „zivile Komponente“ lediglich nennt, aber – im Gegensatz zum Militärischen – gar nicht ausführt; zu den in gemeinsamen Berichten der Kirchen dokumentierten Skandalen der deutschen Rüstungsexporte?
5. Der *christliche Dissens zur staatlichen Militärpolitik* bezieht sich nicht mehr bloß auf eine Diskussion über unterschiedliche *Wege* der Friedenssicherung. Es geht inzwischen vielmehr um sehr unterschiedliche *Zielvorstellungen*. Stellen Kirchentexte ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis, indem sie dies unmissverständlich zum Ausdruck bringen?
6. Zeigen sich die Kirchen als *Anwalt der Soldaten und Soldateneltern*, die durch die neue Entwicklung in unserem Land tief verunsichert sind? Machen sie deutlich, dass für geostrategische Ziele und wirtschaftliche Interessen kein einziges Menschenleben geopfert werden darf?

Wie stehen die Kirchen zu Versuchen, die Friedensfundamente in der Verfassung aufzulösen und damit den zivilisatorischen Lernprozess nach dem Zweiten Weltkrieg wieder rückgängig zu machen?

7. Wie fällt das Votum zur *„humanitären Rechtfertigung“ für die gegenwärtige Aufrüstung der reichen Weltzentren* aus? Wird das abgründige Ungleichgewicht zwischen militärischen und zivilen Budgets in der nationalen wie globalen Politik nachvollziehbar und durchsichtig gemacht? Die reiche Welt hat nach Ende des Kalten Krieges keine nennenswerten Investitionen in die Entwicklung intelligenter und unblutiger Konfliktlösungsstrategien getätigt. Wird in Stellungnahmen deutlich, dass „zivile und humanitäre Komponenten“ in prinzipiell militärisch gedachten und angelegten Strategien (sowie eine „strategische Entwicklungshilfe“) *nicht* die zivile Alternative sind, die nach Überzeugung der Ökumene an die Stelle des Gewaltprogramms Krieg treten soll?
8. Wird speziell die vorherrschende Rechtfertigungsideologie der so genannten *„humanitären Interventionen“* als Hauptthema übernommen? Oder wird sie – zur Überprüfung der Glaubwürdigkeit von vorgeblichen Motivationen – mit der Endlosliste der versäumten bzw. verweigerten humanitären Hilfen auf dem Globus konfrontiert? Wird die Diskussion über Schutzzonen für potentielle Völkermordopfer sachgerecht im Rahmen der Vision einer internationalen Polizei und einer mit polizeilichem [!] Gewaltmonopol ausgestatteten UNO geführt? Oder wird sie – politischen Begehrlichkeiten entsprechend – zur Gretchenfrage hochstilisiert und auf unzulässige Weise mit Nationalarmeen bzw. regionalen Militärplanungen in der reichen Welt in Verbindung gebracht?
9. Arbeiten die Amtskirchen offen oder unterschwellig der derzeit dominanten *Kriegsideologie des antiislamischen Kulturkampfes* zu? Oder entwerfen sie in Wort und Praxis eine Alternative des sympathisierenden Dialogs der Kulturen und der abrahamischen Ökumene? Wie deutlich fallen die Worte zur Rehabilitation von Folter und unmenschlicher Behandlung in der „christlich“ geprägten Zivilisation aus? Erweisen sich die Kirchen ihrem Ursprung entsprechend als Teil einer alternativen Globalisierung im Dienste der gesamten Menschenfamilie? Sind sie kompromisslose Fürsprecher aller Migranten und Flüchtlinge in unserem Land, deren individuelle, kulturelle und soziale Menschenrechte immer dringlicher einzuklagen sind?
10. Wie entwickelt sich die *theologische Grundlegung* in kirchlichen Denkschriften? Werden biblische Sichtweisen in Beziehung gesetzt zum konkreten Weltgeschehen? Wird das christliche Menschenbild unmissverständlich abgegrenzt von den hobbistischen Kriegsideologien, nach denen Konkurrenzkampf und nicht Verbundenheit die eigentliche „Bestimmung“ des Menschen ausmacht? Werden fundamentalistische Vorstellungen über ein blutiges Sühneopfer am Kreuz auf ihre gewalttätigen Dimensionen hin befragt und mit der lebensbejahenden Botschaft Jesu konfrontiert? Gelingt es, die Erlösungsbedürftigkeit des Einzelnen und die sozialen Räume der Gesellschaft und Kultur(en) in Beziehung zu setzen? Steht am Anfang der theologischen Überlegungen eine wirkliche Betroffenheit darüber, dass der so genannte christliche Kulturkreis in „vorderster Front“ an der Entwicklung des modernen Krieges und der neuzeitlichen Massenvernichtungstechnologie beteiligt ist? Wird jenseits eines unbekümmerten Pragmatismus in den Fragen von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung ein dringlicher „zivilisatorischer Ernst“ zum Ausdruck gebracht?
11. Wie klarsichtig und kompetent wird der gesamte *Rüstungskomplex* beleuchtet? Wird deutlich, dass die wirtschaftliche Konzentration im Bereich der Massenmedien und Unterhaltungsindustrie gegenwärtig keine friedensförderlichen Kulturräume hervorbringt, sondern ganz im Gegenteil ein gefährliches Weltbild des Krieges transportiert? Wird die Massenkultur als herausragende Säule der Aufrüstung zum Krieg wahrgenommen? Wird die militärtechnologische Revolution mit ihren gefährlichen Utopien und Allmachtsphantasien Gegenstand der Darstellung oder bleibt man beim überholten Themenkanon vergangener Denkschriften stehen? Wird die Atomwaffenfrage auf die nukleare Teilhabe *unseres* Landes und die uns betreffenden „westlichen“ Nukleardoktrinen konzentriert – und somit nicht unter dem Vorzeichen der Konfliktvermeidung gegenüber der nahen Politik abgehandelt? Wird mit der langen Tradition einer Rede von immer wieder verlängerten Fristen für das atomare Schreckenssystem endlich gebrochen? Wird im Rahmen einer Sicht auf die anhaltende atomare Bedrohung des Lebens speziell die Propaganda zur neuen Atomwaffengeneration („Mini-Nukes“, Erdpenetratoren) mit Hilfe einer wissenschaftlich fundierten Kritik entlarvt? Werden die Anliegen der Opfer der radioaktiven Uranmunition in NATO-Kriegen bedacht? Werden deutsche Bezüge zu geächteten Waffen wie Streubomben thematisiert?
12. Mit welcher *Friedenspraxis* zeigen die Kirchen, dass sie ihr verlautbartes Anliegen nicht an Autorengremien von Denkschriften und Hirtenworten delegieren wollen? Wie spiegelt sich der in Anspruch genommene Friedensauftrag z.B. in den Haushaltsplanungen der Amtskirchen, in Friedensgebeten, in den Symbolen und Sozialräumen unseres Gemeindelebens, in der Zusammenarbeit mit Gruppen und Menschen, die sich ausdrücklich als Widerstehende entwi-

ckeln wollen, im Engagement für die Gestaltung der Lebensräume in unseren Städten, in der Verweigerung gegenüber der Umgestaltung aller Lebensbereiche in Profitzonen, in der Abkehr von einer dem Evangelium nicht gemäßen Nabelschau, die in erster Linie auf die Sicherung kirchlicher Strukturen und Besitzstände schaut, oder in der Beteiligung an der weltweiten UNO-Dekade für eine lebendige Kultur der Gewaltfreiheit?

Literatur (Auswahl)

Amery, Carl: Global Exit – Die Kirchen und der Totale Markt. München 2002.

Bürger, Peter (2005a): Kino der Angst – Terror, Krieg und Staatskunst aus Hollywood. Stuttgart: Schmetterling Verlag 2005.
[www.friedensbilder.de/kriegsfilme]

Bürger, Peter (2005b): Hiroshima, der Krieg und die Christen. Düsseldorf: fiftyfifty 2005.
[www.friedensbilder.de/christenkrieg]

Bürger, Peter (2006): Frühkirchlicher Pazifismus und „gerechter Krieg“ – Teil 1 bis 3. Ab März 2006 in Folge auf der Lebenshauswebsite:
www.lebenshaus-alb.de/mt/archives/003636.html .

***EKiR* 2005** = Evangelische Kirche im Rheinland: Ein gerechter Friede ist möglich. Argumentationshilfe zur Friedensarbeit. Düsseldorf Juli 2005. (Zum Herunterladen im Internet: www.ekir.de – unter Service / Dokumente)

epd / Evangelischer Pressedienst: Die Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt und Artikel 16 der Confessio Augustana. „Rechtmäßig Krieg führen“ oder „sich widersetzen“? epd-Dokumentation Nr. 52. Frankfurt 2005.

Global Marshall Plan Initiative (Hg.): Impulse für eine Welt in Balance. Hamburg 2005.

Huber, Wolfgang: Rückkehr zur Lehre vom gerechten Krieg? Aktuelle Entwicklungen in der evangelischen Friedensethik. In: Zeitschrift für Evangelische Ethik Heft 2, Jg. 2005, 113-130.

Kooperation für den Frieden / Monitoring-Projekt: Dossier I: Der Iran-Konflikt. Bonn 2006. [Bezug über: www.koop-frieden.de]

Kutscha, Martin: „Verteidigung“ – Vom Wandel eines Verfassungsbegriffs. In: KJ (Zeitschrift „Kritische Justiz“), Heft 3/2004, 228-240 [Online-Zugang über: www.ialana.de / Veröffentlichungen, Aufsätze].

Pausch, Eberhard Martin: Auf dem Weg zu einer neuen Friedensdenkschrift der EKD. Vortrag vor der Konferenz der leitenden Militärdekane am 8. Juni 2005. [unveröffentlicht; Kopie des Vortrags]

Ronnefeldt, Clemens: Iran-Konflikt – Akteure, Interessen und Wege aus der Eskalation. Hrsg. Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden. 2. Auflage. Bonn 2006. www.friedenskooperative.de/agdf-iran-studie.pdf

Schneider, Nikolaus: Ansprache über den Wochenspruch (Lukas 13,29) – Gottesdienst für den Frieden, Johanneskirche Düsseldorf, 27.1.2003 [nicht publizierte Auslage].

Buchhinweis zu diesem Beitrag

Peter Bürger
Hiroshima, der Krieg und die Christen. Düsseldorf 2005 (203 Seiten), 15 Euro – ISBN 3-9807400-7-2

Bestellanschrift: fiftyfifty (Straßenmagazin der Wohnungslosenhilfe), Jägerstraße 15, 40231 Düs-

seldorf; Tel. 0211-2294060 – Fax 0211-9216389 www.fifty-fifty.galerie.de ; Mail: info@fiftyfifty-galerie.de
Internetinformationen:
www.friedensbilder.de/christenkrieg

Am 6. und 9. August 1945 explodierten Atombomben über Hiroshima und Nagasaki. Mehr als 330.000 Menschen starben wegen dieses Waffenexperiments am lebenden Objekt. Japan war zu diesem Zeitpunkt im Grunde schon besiegt. Die Bombe sollte vor allem die Macht ihres Erfinderlandes USA demonstrieren.
Die Wahrheit über diese Ereignisse und über die Leiden, die sie gebracht haben, durfte nicht in das Gedächtnis der Menschheit gelangen. Die Legende verkündet bis heute, Präsident Truman habe mit seinem Befehl unzählige Menschenleben, besonders das Leben vieler US-Soldaten, gerettet. Die Erinnerung an das Verbrechen und die Stimmen kritischer US-Amerikaner wurden unterdrückt. Überlebenswichtige Lernprozesse für die Zivilisation blieben aus.

Peter Bürger schreibt in diesem Buch über Hiroshima, Nagasaki und die Folgen. In einem zweiten Teil fragt er, welche Bedeutung der moderne Krieg für die Christen hat. In den ersten drei Jahrhunderten durfte sich kein Getaufter am Kriegshandwerk beteiligen. Danach folgte für siebzehnhundert Jahre die staatskirchliche Lehre vom „gerechten Krieg“. Die Kultur des christlichen Abendlandes hat der Welt vor allem den perfektionierten Massenmord beschert.
Erst im Atomzeitalter setzte sich in den Kirchen wieder die Erkenntnis durch, der Krieg sei aus der Welt zu schaffen. Was aber ist heute aus dem Atompazifismus der Ökumene geworden? Wo bleibt der zivilisatorische Ernst der Theologie? Ist es angesichts des gegenwärtigen Weltgeschehens nicht an der Zeit, den großen Bekenntnissen eine neue Praxis der Verweigerung folgen zu lassen?

Zum Autor: Peter Bürger, geb. 1961 (Eslohe, Westfalen), lebt und arbeitet in Düsseldorf, ist Theologe, examinierter Krankenpfleger und freier Publizist. Er gehört der Internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi (seit 1980), der Solidarischen Kirche im Rheinland, dem Internationalen Versöhnungsbund und dem Ökumenischen Friedensnetz Düsseldorfer Christinnen & Christen an. Seine letzten Buchveröffentlichungen: Napalm am Morgen – Vietnam und der kritische Kriegsfilm aus Hollywood (2004); Kino der Angst (Studie zum massenkulturellen Krieg, Stuttgart 2005); Hiroshima, der Krieg und die Christen (2005).

Impressum

Verantwortlich für den Text: Peter Bürger,
Kiefernstr. 33, 40233 Düsseldorf.

Der Diskussionsbeitrag wird herausgegeben von der Initiative Kirche von unten, der Solidarischen Kirche im Rheinland, dem Ökumenischen Netz Mittelrhein und dem Ökumenischen Friedensnetz Düsseldorfer Christinnen & Christen.
Kontakt: post@oekumenisches-friedensnetz.de

Eine Verbreitung des Beitrags ist ausdrücklich erwünscht. Datensätze (PDF- oder Word-Datei) können kostenlos angefordert werden.

Alle Fotos sind mit freundlicher Genehmigung der Website der Arbeiterfotografie Köln entnommen: www.arbeiterfotografie.com

Erscheinungsdatum: 19. April 2006

Dieser Text kann zur Verbreitung über
www.friedensbilder.de (Startseite unten)
in verschiedenen Formaten
heruntergeladen werden.